Kierdorf, Friedrich

Volksreichtum und berechnung des...

Elberfeld

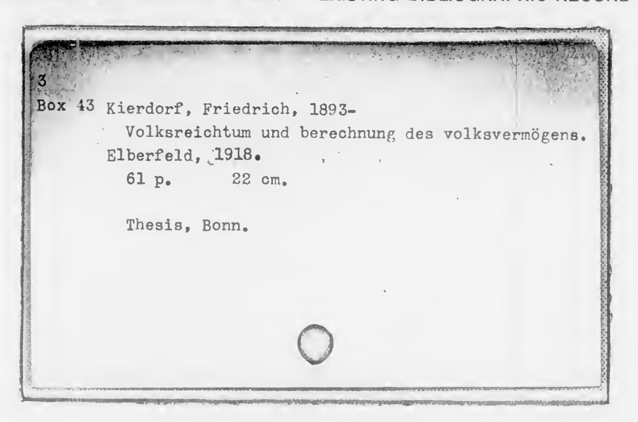
1918

97-84200-11
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD



3
Box 43 Kierdorf, Friedrich, 1893-
Volksreichtum und berechnung des volksvermögens.
Elberfeld, 1918.
61 p. 22 cm.

Thesis, Bonn.

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 11:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 9-29-97 INITIALS: [illegible]

TRACKING # : 28042

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

Volksreichtum und Berechnung des Volksvermögens.

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

genehmigt von der Philosophischen Fakultät
der Rheinischen Friedrich Wilhelms-Universität
zu Bonn.

Von

Friedrich Kierdorf
aus Köln-Mülheim.



Elberfeld 1918.

Berichterstatter:

Herr Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Dietzel.

Wuppertaler Druckerei A.-G., Elberfeld.

Inhalt.

Literatur.

Fuhrmann, Erich, Das Volksvermögen und Volkseinkommen des Königreichs Sachsen. Leipzig 1914.

Helfferich, Karl, Deutschlands Volkswohlstand 1888–1913. 6. Auflage. Berlin 1915.

Leser, Emanuel, Der Begriff des Reichtums bei Adam Smith. Heidelberg 1874.

Losch, Hermann, Volksvermögen, Volkseinkommen und ihre Verteilung. Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen; herausgeg. von Gustav Schmoller, Band VII, Heft 1.

Pesch, Heinrich S. J., Lehrbuch der Nationalökonomie. 2 Band. Allgemeine Volkswirtschaftslehre I. Wesen und Ursachen des Volkswohlstandes.

Ricardo, Dav., Grundgesetze d. Volkswirtschaft und Besteuerung. Aus dem Englischen übersetzt von Dr. Ed. Baumstark. Leipzig 1877.

— Ein Versuch über den Einfluß eines niedrigen Getreidepreises auf den Kapitalgewinn. Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister; hrsg. von Prof. Dr. Heinr. Waentig. 4. Band, 1. Teil.

Schnapper-Arndt, Gottlieb, Sozialstatistik. Leipzig 1912.

Smith, Adam, Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes. Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister. 11. Band.

Steinmann-Bucher, Arnold, 350 Milliarden deutsches Volksvermögen. Berlin 1909.

— Das reiche Deutschland. 3. Auflage. Berlin 1914.

— Deutschlands Volksvermögen im Krieg. Finanzwirtschaftliche Zeitfragen. Stuttgart 1916.

Wagner, Adolf, Gutachten. Drucksachen des Reichstags. XII. Legislaturperiode. I. Session. XVII. Band. Berlin 1909.

— Zur Methodik der Statistik des Volkseinkommens und Volksvermögens; in der Zeitschrift des Kgl. Preuß. Statistischen Bureaus. Berlin 1904.

— Grundlegung der politischen Ökonomie.

A. Allgemeiner Teil.

1. Abschnitt.

Der Maßstab des Reichtums.

I. „Ein Mensch ist in dem Grade reich oder arm, als er imstande ist, sich den Bedarf, die Genußmittel und die Vergnügungen des menschlichen Lebens zu verschaffen," sagt Adam Smith.[1])

Was von dem einzelnen, gilt in gleicher Weise für die sozialen Gemeinschaften (Familie, Gemeinde, Staat). Auch den Volkswohlstand messen wir nach dem Grade der Bedürfnisbefriedigung des betreffenden Volkes.

Wovon hängt es nun ab, daß man „imstande ist, sich den Bedarf usw. zu verschaffen"? Oder kurz: Was ist die Quelle des Reichtums?

Mittel der Bedürfnisbefriedigung sind die Güter; sie kann der Mensch auf zweierlei Weise empfangen,

1. durch die Natur allein; die freiwilligen Gaben der Natur werden uns jedoch als fertige Befriedigungsmittel nur für verschwindend wenige Bedürfnisse in zureichendem Maße zuteil. Für die weitaus größte Zahl der so mannigfachen Bedürfnisse spendet sie ihre Gaben entweder als solche, die nicht unmittelbar brauchbar sind, oder sie schenkt sie uns in ungenügender Menge, zugleich mit überall verschiedener Verteilung. Mutter Natur allein verleiht keinem ein „menschenwürdiges Dasein",

2. durch die Arbeit des Menschen in Verbindung mit der Natur. Aus der Art, wie die Güter in der Natur vorkommen, ergibt sich für den Menschen die Notwendigkeit, seine Arbeitskraft zwecks Herbeischaffung oder Umformung vorhandener Güter bezw. Schaffung neuer Güter zu verwerten. Dabei sind ihm

[1]) Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes. I. Buch. 5. Kapitel.

gewisse sachliche Mittel (Kapital) behülflich. Aus den drei Faktoren (Natur, Arbeit, Kapital) entsteht jene wirtschaftliche Tätigkeit, die wir Produktion nennen.

Das Ergebnis der Produktion bildet den Ertrag. Der Gesamtertrag ohne Rücksicht auf den Aufwand stellt den Roh- oder Bruttoertrag dar; ziehen wir von letzterem den Aufwand ab, so erhalten wir den Rein- oder Nettoertrag oder das Einkommen. Auf diesem fußt der gesamte Güterverbrauch (Konsumtion); denn auf die Dauer kann nicht mehr konsumiert werden als produziert wird, bezw. Einkommen vorhanden ist. Nur ein ständiger Güterzufluß vermag also eine fortwährende Bedürfnisbefriedigung sicherzustellen. Ein bloßer Vorrat aufgehäufter Güter verbürgt keine dauernde, geregelte Versorgung des Menschen. Letztere hängt allein von „laufenden Einnahmen", d. h. vom Einkommen ab. Je höher das Einkommen, desto besser die Bedürfnisbefriedigung und desto größer demnach der Reichtum des einzelnen und des Volkes und umgekehrt.

II. Nach dem Gesagten muß man also, um den Reichtumsgrad eines Volkes oder verschiedener Völker zu messen, von den Volkseinkommen ausgehen. Nun hat man aber bisher fast stets zu diesem Zwecke die Volksvermögen in Betracht gezogen, indem man, um überhaupt Vergleiche anstellen zu können,[2]) durch Summierung und Bewertung der verschiedenen Vermögensobjekte einen zusammenfassenden Ausdruck, die Wertziffer des Volksvermögens, ermittelte.

Bestimmen wir zunächst den Begriff Volksvermögen.

Adolf *Wagner*[3]) unterscheidet einen doppelten Vermögensbegriff: 1. Das *persönliche* Vermögen, den Vermögens*besitz*, von dem Philippovich[4]) sagt: „In der Verkehrswirtschaft ist Vermögen die Summe der wirtschaftlichen Güter und der Verkehrsobjekte,

[2]) Zu Vergleichen sollen ja die Berechnungen in erster Linie dienen. Helfferich (Deutschlands Volkswohlstand. Aus dem Vorwort zur dritten Auflage.) sagt: „Ich sehe den Wert solcher Schätzungen nicht in den absoluten Zahlen, noch weniger in den Durchschnittszahlen, sondern ganz vorwiegend in der Möglichkeit eines sinnfälligen Vergleichs mit dem, was früher war oder, was anderwärts ist."

[3]) Grundlegung. 2. Buch. 2. Kapital.

[4]) Grundriß der Politischen Ökonomie. 1. Band. § 12, 7.

über welche jemand verfügt"; 2. Das „Vermögen *an sich*", das National-, Volks-, Sozialvermögen bezw. Teile davon, und definiert: „Volksvermögen ist ein in einem Zeitpunkte vorhandener Vorrat wirtschaftlicher Güter als realer Fonds für die Bedürfnisbefriedigung." Weiter heißt es daselbst: „Es wird nur gedacht an die Brauchbarkeit der dieses Vermögen bildenden Güter als Vorrat für menschliche Bedürfnisbefriedigung überhaupt, nicht an die Art der Rechte, welche bestimmte einzelne Personen in bezug auf dieses Vermögen haben. Dieses „Vermögen an sich" erscheint demnach als eine wesentliche Vorbedingung gesicherter wirtschaftlicher Lage, sowohl zur unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung (Gebrauchsvermögen) als zur mittelbaren, nämlich als Mittel zu neuer Hervorbringung von Gütern (Produktivvermögen oder Kapital)."[5])

Wir geben noch die am meisten verbreitete Begriffsbestimmung nach *Lexis*, der auch die einzelnen Vermögenskategorien bezeichnet: „Das Volksvermögen bezeichnet die Gesamtheit aller in dem Vermögen der einzelnen Angehörigen eines Volkes sowie auch des Staates und der öffentlichen Körperschaften enthaltenen Güter, und zwar geschätzt nach ihrem Geldwert, da nur auf diese Art eine Summierung möglich ist." Es gehören demnach zum Volksvermögen:

1. Der Gesamtwert des in dem Lande vorhandenen Bodens, nach den gegenwärtig mutmaßlich zu erzielenden Preisen.

2. Der Gesamtwert aller privaten und öffentlichen Baulichkeiten mit Einschluß auch der Brücken, Eisenbahnen usw.

3. Der Wert aller beweglichen sachlichen Güter, die zu Produktions- und Erwerbszwecken dienen und demnach Bestandteile teils des stehenden, teils des umlaufenden Kapitals bilden.

[5]) Bezüglich der Bedeutung des Kapitals für den Reichtum vgl. Adam Smith (I. Buch. Von der Einteilung des Vermögens): „Sowohl das stehende wie das umlaufende Kapital haben allein den Zweck, denjenigen Vermögensteil zu erhalten und zu vermehren, der für den unmittelbaren Gebrauch bestimmt ist. Dieser ist es, welcher dem Menschen Nahrung, Kleidung und Wohnung gewährt. Sein Reichtum oder seine Arbeit wird dadurch bedingt, wie reichlich oder wie karg die Zuflüsse aus jenen beiden Kapitalien (Einkommen!) in das zum Verbrauch bestimmte Vermögen sind . . . ."

4. Der Wert aller vorhandenen beweglichen sachlichen Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, die zur Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse bestimmt sind und sich in den Händen der Benutzer oder Verbraucher befinden.

5. Das bare Metallgeld, das im Lande vorhanden ist, nach seinem inneren Werte.

6. Die Summe der dem Inlande zustehenden Forderungen an das Ausland, vermindert um den Betrag der Forderungen des Auslandes an das Inland."[6])

Diese Definition, die auf den Geldwertanschlag der Güter Gewicht legt, ist also auf die praktische Durchführung einer Berechnung des Volksvermögens zugeschnitten; sie liegt denn auch den meisten neueren Schätzungen zugrunde.

Was ist nun zu diesen Berechnungen zu sagen? Auf welchen Grundlagen fußen sie?

2. Abschnitt.

Die Berechnung des Volksvermögens.

Die Berechnung des Volksvermögens bietet eine Fülle von Schwierigkeiten, die die Ergebnisse mindestens sehr zweifelhaft erscheinen lassen, wenn man sie nicht geradezu als leere Spielerei betrachten will. Die Unterlagen sind zu unsicher, wobei für internationale Vergleichungen noch zu beachten ist, daß dieselben in verschiedenen Ländern sehr verschieden sind.

Zunächst fehlt es überhaupt an einer vollständigen Vermögensstatistik; selbst wenn ein ziemlich genaues „Inventar des Volksvermögens" vorläge, bliebe doch immer noch die schwierige Aufgabe der Wertveranschlagung bestehen.

Zwei Methoden kommen hier wie bei der Berechnung des Volkseinkommens in Anwendung: die subjektive oder personale, die von den physischen und juristischen Einzelpersonen, deren Vermögen sie zu erfassen sucht, ausgeht, und die objektive oder reale, die sich an die Wirtschaftsobjekte, die wirtschaftlichen

[6]) S. Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Artikel: „Volksvermögen".

Güter hält und diese nach Gattungen, wie Grund und Boden, Bergwerksbesitz usw. erfaßt. Welche von den beiden Methoden vorzuziehen ist, sei dahingestellt. Wir halten jedenfalls die objektive Methode für genau so „subjektiv" wie die erstere.

Bei der subjektiven Methode bedient man sich gewöhnlich der Veranlagung zur Vermögenssteuer. Auf all die Veranlagungsschwierigkeiten kann hier nicht näher eingegangen werden. Es genügt der Hinweis, wie schwierig es ist, land- und forstwirtschaftlich benutztes Grundvermögen bei keinem oder nur geringem Besitzwechsel zu schätzen, den maßgebenden Kurs von minder soliden schwankenden Wertpapieren zu ermitteln oder erst recht den Wert des Gebrauchsvermögens (Möbel, Schmucksachen usw.) zu taxieren, auf das man denn für die Besteuerung ganz verzichtet hat; ein Nachteil, der die Berechnung des Volksvermögens noch unsicherer macht. Dazu kommt, daß kleine Vermögen überhaupt steuerfrei bleiben. Schließlich sei noch auf die Unsicherheit der in den Deklarationen enthaltenen Angaben, die Änderungen in der Gesetzgebung betreffs Steuerveranlagung und die Verschiedenheiten des Veranlagungsverfahrens in den einzelnen Staaten hingewiesen.

Nun die objektive Methode. Betrachten wir hier kurz die wichtigsten Vermögensgruppen.

Hinsichtlich des Wertes ländlicher wie städtischer Grundstücke gehen die Meinungen weit auseinander.

Was den landwirtschaftlich benutzten Boden angeht, so besteht die Hauptschwierigkeit darin, einen einigermaßen genauen Durchschnittswert für den Hektar auf das ganze Reich (wir denken hier immer an Deutschland) zu ermitteln. Helfferich bringt einen Durchschnittswert von 800 Mark, Steinmann-Bucher von 1500 Mark in Ansatz.

Die Wertschätzung des städtischen Grund und Bodens (ohne Gebäude) zeigt noch größere Differenzen. Ballod kommt auf 20 Milliarden, Helfferich auf 30 Milliarden, Steinmann-Bucher auf etwa 50 Milliarden, Damaschke — letzterer für den gesamten deutschen Grundbesitz mit den Gebäuden — sogar auf etwa 400 Milliarden Mark.

Wie die Rechnung gemacht wird, zeigt folgendes Beispiel: Steinmann-Bucher berechnet für Charlotten-

burg einen Bodenwert von durchschnittlich 3600 Mark auf den einzelnen Einwohner, läßt diesen Durchschnittswert für Hamburg, München, Leipzig, Dresden, Köln, Breslau, Frankfurt am Main und Düsseldorf gelten, geht dann mit dem Durchschnittswerte gemäß der Größe der anderen Städte und Gemeinden herunter und kommt schließlich für den gesamten bebauten und unbebauten städtischen reinen Boden, ohne Gebäude, auf einen Betrag von rund 50 Milliarden Mark. Ob diese objektive Methode Anspruch auf Zuverlässigkeit erheben kann?

Die wichtigste Kategorie: Gegen Feuer versicherte Mobilien und Immobilien enthält die verschiedenartigsten Vermögensobjekte ohne Rücksicht auf die sachlich-technische Gliederung: Gebäude in Stadt und Land, ohne Bodenwert, also Wohnräume, Geschäfts- und Betriebsräume, Fabriken, Roh- und Hilfsstoffe, Industrieerzeugnisse, Handelswaren, Maschinen, Werkzeuge und Geräte, Erntevorräte, Vieh usw.

Bezüglich der Statistik der Feuerversicherung ist zu sagen:[1])

1. Es kommt Über- und Unterversicherung vor, was sich vielleicht ausgleicht, vielleicht auch nicht.

2. Es kommt doppelte und mehrfache Versicherung vor.

3. Die Grundmauern der Gebäude in Stadt und Land sind nicht versichert.

4. Nicht alle Mobilien sind versichert.

5. Die privaten kleinen Versicherungsverbände sind in der Statistik nicht berücksichtigt.

6. Die Statistiken der Versicherungsanstalten, wenigstens der nichtöffentlichen, sind nur mit Vorbehalt zu gebrauchen, da aus ihnen nicht zu ersehen ist, um welche Kategorien von versicherten Objekten (Mobilien, Immobilien) es sich handelt.

Es erübrigt sich, auf die anderen Vermögenskategorien, von denen die wichtigsten „öffentliches Vermögen" und „Kapitalanlagen im Auslande" sind, näher einzugehen. Ihre Bewertung erfolgt erst recht mittels Schätzung statt Berechnung.

Zusammenfassend können wir sagen: Beiden Methoden haften solche Mängel an, daß wir nur Annäherungswerte erhalten, die von dem wirklichen Werte mehr oder weniger, unter Umständen überaus stark abweichen.

[1]) S. Steinmann-Bucher, „Das reiche Deutschland", S. 19 ff.

Gleichwohl setzen wir für unsere Untersuchung voraus, die Berechnungen seien richtig, und werden zeigen, daß selbst dann noch die Möglichkeit von Fehlschlüssen besteht.

3. Abschnitt.

Die Beziehung zwischen Einkommen und Vermögen.

I. Wir haben bereits betont, daß die gesamte Konsumtion auf dem Einkommen fußt. Ebenso ist letzteres die Voraussetzung der Bildung von Vermögen. Wird nicht mehr produziert als konsumiert, so kann kein Vermögen (mit Ausnahme von Grund und Boden) entstehen, bezw. das bereits vorhandene sich nicht vergrößern.

Das Reineinkommen, d. h. der nach Ersatz des Aufwandes verbleibende Rest, kann konsumiert werden, bildet den Konsumtionsfonds im weiteren Sinne. Keineswegs wird nun dieser regelmäßig ganz verbraucht; vielmehr kann a) ein Teil wirklich konsumiert werden: Konsumtionsfonds im engeren Sinne, Verbrauch, b) der Rest erspart werden: Bildung von bezw. Zuwachs an Vermögen. Aus den Einkommen und zwar aus den Überschüssen über den Verbrauch entstehen und vergrößern sich also die Vermögen.

Setzen wir einmal voraus, der Verbrauch sei bei allen Völkern gleich, so sind je nach dem Maße, in welchem die Einkommen den Verbrauch übersteigen, die Vermögen entsprechend größer oder kleiner.

Das muß aber nicht regelmäßig so sein. Es kommt vielmehr darauf an, in welchem Verhältnis der Verbrauch, der ja bei den einzelnen wie bei Völkern verschieden hoch ist, zum Einkommen steht. Es ist durchaus nicht gesagt, daß zwei Völker, die das gleiche Einkommen haben und demnach gleich reich sind, auch den gleichen Verbrauch und gleiche Vermögen aufweisen (Sinn für Sparsamkeit, Neigung zur Verschwendung). Allerdings fragt es sich, ob denn auf die Dauer bei dem verschiedenen Verbrauche die Einkommen

noch dieselben bleiben? Wir kommen darauf an den betreffenden Stellen zurück. Andererseits vermögen zwei Völker zufolge verschieden hoher Einkommen in verschiedenem Maße „sich den Bedarf, die Genußmittel und die Vergnügungen" zu verschaffen; und doch können sie beide über die gleiche Fläche Landes, die gleiche Anzahl Häuser, Scheunen, Fabriken, Bergwerke usw. verfügen; deshalb werden wir sie doch nicht gleich reich nennen.

II. Wie das Einkommen zur Bildung und Vergrößerung von Vermögen führt, so ist umgekehrt das Vermögen dazu bestimmt, Einkommen zu verschaffen. Letzteres ist daher der Wertmaßstab für Vermögen. Alle Vermögen werden nur in den Einkommen, die sie den Besitzern liefern, verglichen und danach bewertet. Wir schätzen demnach Vermögen um so höher, je größer der Ertrag ist und umgekehrt; nach dem Ertrage richtet sich ja die Nutzeneinbuße, die uns im Falle des Vermögensverlustes verursacht würde. Jedes ruhende, ertraglose Vermögen („totes Kapital") nützt dem Besitzer an sich nichts. Daher kommt auch das reine Gebrauchs- oder Genußvermögen, das immer nur eine gewisse Seite, eine bestimmte Art von Bedürfnissen — wenn auch unter Umständen nachhaltig — befriedigt, für den Reichtum nur insoweit in Betracht, als es dem Gesamtstande der Bedürfnisse dient.

Wenn nun tatsächlich alle Vermögen, nach ihren Erträgen bewertet, einheitlich in einer Wertsumme zum Ausdruck kämen, so leuchtet ein, daß dann auch die Behauptung richtig wäre: Je höher der Wert des Volksvermögens, desto größer der Reichtum und umgekehrt.

Wie sind nun aber die Volksvermögen in den Statistiken bewertet?

4. Abschnitt.

Tauschwert und Reichtum.[8])

I. Den Maßstab der Berechnungen des Volksvermögens bildet, wie erwähnt, regelmäßig das Geld. Die einzelnen Vermögensobjekte und die Summierung derselben sehen wir als Zahlen, in Geld ausgedrückt, vor uns.

Schall[9]) sagt: „Für die eigentliche Aufgabe der Schätzung des Volksvermögens halten wir die Ermittlung des gesamten Geldwertes aller wirtschaftlichen Güter, welche einem Volke zu gegebener Zeit zur Verfügung stehen, wobei je nach der Natur der einzelnen Güter bald der Tausch- resp. Verkaufswert, bald der Ertragswert, bald der Kostenwert, der Versicherungswert usw. die objektive Unterlage für den Geldanschlag bilden mag."

Die Schlußsumme, den „Gesamtpreis" des Volksvermögens hat man also im wesentlichen auf folgende Weise ermittelt: Man hat sämtliche Güter einer bestimmten Art gezählt, für das einzelne Gut dieser Art den augenblicklichen Preis festgestellt und mit diesem Preise die Summe der Güter der betreffenden Art multipliziert; aus den beiden Faktoren, Güterzahl und Stückpreis, geht dann als Produkt der Preis der Güterart hervor. Das gleiche Verfahren hat man an allen anderen Güterarten vorgenommen; die Addition der Preise sämtlicher Güterarten ergibt schließlich den Gesamtpreis des Volksvermögens, die Wertziffer; die Ziffer, welche den momentanen Tauschwert wiedergibt.

Praktisch ist die Berechnung, wie aus dem früher Gesagten hervorgeht, nicht so einfach.

II. Es ist zunächst fraglich, ob es überhaupt angeht, das Volksvermögen nach seinem Tauschwerte zu bestimmen. Im Verkehre kommt es allerdings auf den Tauschwert, d. h. darauf an, wie viele andere Güter man für eine Sache erhält. Das Geld vermittelt nur die Tauschakte; denn wir fragen uns stets: Wieviel Nahrungsmittel, Kleider usw. erhalten wir für eine bestimmte Geldsumme? Das Volksvermögen im großen und ganzen ist aber nicht Gegenstand des Verkehrs, des Tausches gegen das Vermögen anderer Völker, kann daher schon deshalb nicht mit einer Geldwertziffer in Beziehung zu fremden Volksvermögen gesetzt werden, um daraus den Reichtumsgrad verschiedener Völker festzustellen.

[8]) Vgl. zu diesem Abschnitte Ricardos „Grundgesetze"; 20. Hauptstück: Wert und Vermögen, ihre unterscheidenden Eigentümlichkeiten.

[9]) Das Königreich Württemberg. 1884.

III. Wichtiger für uns ist indes die Tatsache, daß ein gewisser Gegensatz zwischen Tauschwert und Reichtum besteht.

Bekanntlich hat die größere Gütermenge unter Umständen geringeren Tauschwert als eine geringere Menge derselben Güter. Nimmt die Güterzahl zu, ohne daß die Nachfrage steigt, so wird der Preis des Einzelproduktes sinken; der Erlös aus der gesamten Gütermenge wird noch steigen; erst von einem gewissen Punkte an wird auch dieser sinken, bis bei Überfluß an den betreffenden Produkten überhaupt kein Preis mehr zustande kommt. Das Gut wird sozusagen „frei"[10])

Nehmen wir das Gegenstück zu dem vorliegenden Falle. Wie leicht kann sich der Tauschwert eines Gutes vergrößern, ja sogar ein bisher tauschwertloses Gut Tauschwert erlangen, ohne daß sich der Wohlstand der Gesamtheit hebt, wenn er nicht gar infolgedessen sinkt![11]) „Lasset das Wasser selten werden," sagt Lord Lauderdale, „und im ausschließlichen Besitze eines einzelnen sein, und ihr werdet das Vermögen desselben vergrößern, weil das Wasser alsdann Tauschwert haben wird; und wenn das Volksvermögen die Gesamtheit des Vermögens der einzelnen ist, so werdet ihr durch dieselben Mittel auch das Volksvermögen vergrößern."[12])

Es kommt für den Volksreichtum nicht auf den Tauschwert an, sondern auf die Summe der Gebrauchsgüter, den Gebrauchswert, der den Grad des Nutzens für das Volk angibt, d. h. es kommt auf das Realeinkommen an.

Fragen wir uns, wovon der Tauschwert der Güter überhaupt abhängt.

---

[10]) Damit soll nicht gesagt sein, daß nun der ganze Vorrat wie Wasser, Luft usw. ohne Tauschwert sei. Im Mittelalter sind oft nach Füllernten Getreidevorräte unbenutzt zugrunde gegangen; der gesamte Getreidebestand ist aber nie völlig wertlos geworden.

[11]) Die holländisch-ostindische Compagnie, die Teile ihrer Gewürzvorräte und Plantagen vernichtete, um die Nachfrage zu beleben, gab damit dem Reste einen größeren Wert, als vorher der volle Bestand besaß. — Ebenso kann es vorkommen und ist auch vorgekommen, daß Mißernten reicheren Erlös brachten als gute Ernten.

[12]) Ricardo; a. a. O. S. 245.

1. Die Preise der beliebig vermehrbaren Güter werden jedenfalls mit, nach manchen allein, durch den Arbeitsaufwand bestimmt.

2. Die Preise der unvermehrbaren Güter hängen, wenn die Umstände sonst dieselben bleiben, von der Seltenheit in den verschiedenen Zeitpunkten ab.

Ricardo[13]) sagt von den unter 1. genannten Gütern: „Der Tauschwert aller Waren steigt, wie die Schwierigkeit ihrer Herstellung wächst. Wenn also in der Erzeugung des Getreides Schwierigkeiten entstehen, weil mehr Arbeit notwendig ist, während zur Erzeugung von Gold, Silber, Tuch, Leinwand usw. nicht mehr Arbeit nötig ist, so muß der Tauschwert des Getreides im Vergleich mit diesen Dingen steigen. Umgekehrt müssen Erleichterungen der Herstellung von Getreide oder irgend einer beliebigen anderen Ware, wodurch dasselbe Produkt mit weniger Arbeit dargeboten wird, seinen Tauschwert vermindern. So sehen wir, daß Verbesserungen der Landwirtschaft oder der landwirtschaftlichen Geräte den Tauschwert des Getreides vermindern; Verbesserungen der Maschinen, die zur Verarbeitung der Baumwolle in Beziehung stehen, vermindern den Tauschwert der Baumwollwaren, und Verbesserungen des Bergbaubetriebes oder Entdeckung neuer und reicherer Edelmetallminen vermindern den Wert des Goldes und Silbers, oder, was dasselbe ist, sie erhöhen den Preis aller übrigen Waren. Überall, wo der Wettbewerb seine volle Wirkung ausüben kann, und wo die Herstellung der Ware nicht, wie bei gewissen Weinen, durch die Natur in feste Grenzen eingeschränkt ist, bildet die Schwierigkeit oder Leichtigkeit der Herstellung den letzten Bestimmungsgrund ihres Tauschwertes."

Nehmen wir an — damit leiten wir bereits zu dem besonderen Teile über —, zwischen zwei Vergleichszeitpunkten liege eine Kostensenkung (etwa durch bessere Betriebsorganisation oder durch technische Verbesserungen: Erfindungen von Arbeit ersparenden Maschinen, von neuen Fabrikationsmethoden usw.), so wird der Fall eintreten, daß die betreffenden Produktionsmittel trotz ihres größeren Realertrages im

---

[13]) Ein Versuch über den Einfluß eines niedrigen Getreidepreises auf den Kapitalgewinn. S. 17/18.

zweiten Zeitpunkte eine geringere Preissumme aufweisen als im ersten. Zufolge der Produktionssteigerung treten aber an anderer Stelle mehr Güter auf; es wachsen deren Preissummen. Nehmen wir etwa an, das Eisenbahnwesen des Landes dehne sich aus, so ist es möglich, daß die dadurch neu entstehenden Werte die geringere Preissumme obiger Produktivgüter ausgleichen. Erscheinen dann unter sonst unveränderten Bedingungen die Vermögenswertziffern in beiden Zeitpunkten gleich hoch, so ist der Reichtum des betreffenden Volkes offenbar nicht derselbe geblieben; das Volk ist vielmehr reicher geworden, da der Realertrag gestiegen ist.

Die leichtere Güterbeschaffung führt zwar ceteris paribus zu einem Sinken der Güterpreise, bedeutet aber eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit den betreffenden Gütern; umgekehrt liegt der Fall, wenn die Güterbeschaffung schwieriger wird. Ein Steigen der Güterpreise bedeutet dann, daß die gleiche Preissumme ein geringeres Güterquantum darstellt.

Solche Preisverschiebung zieht eine Einkommens- und Vermögensverschiebung unter den einzelnen Bevölkerungsgruppen nach sich. Adolf Wagner[14]) sagt: „Steigt der Einzelpreis eines Gutes, so bedeutet das für den, der den Preis darzulegen hat, genau den gleichen Wohlstandsrückgang, wie es für den, der über das Gut verfügt, eine Wohlstandsvermehrung bedeutet;" umgekehrt, wenn der Einzelpreis sinkt.

Dem einzelnen kommt es nicht auf den größten Nutzen für die Gesamtheit, sondern auf den höchsten Tauschwert für sich selbst an; letzterer ist zugleich sein höchster Nutzen. Aus dem Streben jedes einzelnen, den höchsten Tauschwert zu erlangen, entspringt allerdings letzten Endes auch der höchste Nutzen für die Gesellschaft; das steht aber hier nicht in Frage. Es soll nur unterstrichen werden, daß der Tauschwert an und für sich nur bei der Feststellung des Anteils der einzelnen am Volksvermögen und -einkommen, also der Verteilung, in Betracht zu ziehen ist.

IV. In seinem Hauptwerke bespricht Ricardo näher den Gegensatz von Tauschwert und Reichtum; wir

[14]) Gutachten.

geben auch diese Stelle[15]) wörtlich wieder: „Durch die Erfindung von Maschinen, durch Erhöhung der Geschicklichkeit, durch bessere Arbeitsteilung oder durch Entdeckung neuer Märkte, auf denen ein vorteilhafterer Tausch bewirkt werden kann, kann eine Million Menschen das Doppelte oder Dreifache an Reichtum, an „Bedürfnissen, Gemächlichkeiten und Annehmlichkeiten", bei dem einen Zustande der Gesellschaft hervorbringen, welchen es bei einem anderen schaffen könnte, aber damit wird sie dem Tauschwerte nichts zusetzen, denn jedes Ding steigt oder fällt im Tauschwerte im Verhältnisse der Schwierigkeit oder Leichtigkeit seiner Hervorbringung oder mit anderen Worten, im Verhältnisse der zu seiner Hervorbringung angewendeten Arbeitsmenge. Gesetzt, mit einem gegebenen Kapitale bringe die Arbeit einer gewissen Menschenzahl 1000 Paar Strümpfe hervor, und mittelst Erfindungen von Maschinen könne dieselbe Menschenzahl 2000 Paare liefern oder sie liefere nur 1000 Paare und könne noch außerdem 500 Hüte machen; alsdann wird der Tauschwert der 2000 Paar Strümpfe oder der 1000 Paar Strümpfe und 500 Hüte nicht mehr und nicht weniger betragen als jener der 1000 Paar Strümpfe vor der Einführung der Maschinen; denn sie werden das Erzeugnis der nämlichen Arbeitsmenge sein. Allein der Tauschwert der allgemeinen Masse von Gütern wird nichtsdestoweniger vermindert werden; denn, obgleich der Tauschwert der größeren, infolge der Verbesserungen hervorgebrachten Menge genau der nämliche sein wird, als wie der Tauschwert der geringeren Menge, welche hervorgebracht worden wäre, gewesen sein würde, wenn keine Verbesserung stattgefunden hätte, so wird auch eine Wirkung auf den noch nicht verbrauchten Teil der Güter geäußert werden, welche vor der Verbesserung verfertigt waren; der Tauschwert dieser Güter wird herabgesetzt werden, insoweit als sie, Menge für Menge, auf den Gleichgewichtsstand mit den unter allen Vorteilen der Verbesserung hervorgebrachten Gütern sinken müssen; und die Gesellschaft wird trotz der vergrößerten Gütermenge, trotz ihres vermehrten Reichtums und trotz ihrer vervielfachten

[15]) Grundgesetze. S. 242/43.

Genußmittel einen geringeren Betrag an Tauschwert haben. Durch fortwährend zunehmende Erleichterung der Hervorbringung verringern wir beständig den Tauschwert einiger der zuvor hervorgebrachten Güter, obschon wir durch dieselben Mittel nicht bloß den Reichtum vergrößern, sondern auch die Kraft der zukünftigen Hervorbringung erhöhen."

Wir führen noch eine weitere Stelle aus den „Grundgesetzen"[16]) an, die aufs schärfste den Gegensatz zwischen Tauschwert und Reichtum zum Ausdruck bringt.

Ricardo nimmt den Fall an, infolge verbesserter Technik könne man mit demselben Arbeitsaufwand zwei Güter statt eines wie vorher produzieren. Der Tauschwert dieser Güter, verglichen mit dem aller anderen, sinkt entsprechend. Geschieht dasselbe mit einem zweiten Gute, so steht dieses mit dem ersten wieder in gleichem Tauschwertverhältnis. „Dehnet die Verbesserung auf die Hervorbringung des Goldes und jedes anderen Gutes aus, und sie werden dann ihre früheren Tauschwertverhältnisse wiedererlangen. Da wird dann jährlich die doppelte Menge von Waren im Lande hervorgebracht werden und der Reichtum des Landes noch einmal so groß sein, aber der Tauschwert wird nicht zugenommen haben."

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß die Tauschwertschätzung des Volksvermögens über den Reichtum eines Volkes bezw. mehrerer Völker nichts aussagen kann. Es kommt nur auf den Gebrauchswert, den Nutzen der Güter an; „ob der Tauschwert derselben gegen Geld . . . hoch oder niedrig sei, sie werden gleichmäßig zu dem Genusse ihres Besitzers beitragen."[17])

Dasselbe gilt von internationalen Vergleichen. Zwei Länder sind nur dann gleich reich zu nennen, wenn sie „genau die nämliche Menge von allen Bedürfnissen und Annehmlichkeiten des Lebens besitzen." Darüber entscheidet aber, wie wir gesehen haben, einzig und allein der Ertrag der Volkswirtschaft.

Daher führen Versuche, auf Grund von Vermögensstatistiken den Reichtumsgrad der Völker zu

[16]) S. 246 47.
[17]) Grundgesetze. S. 245.

ermitteln, notwendig irre. Es geht nicht an, die zufälligen augenblicklichen Preise, die die einzelnen Güter haben, auf Vermögen zu übertragen; tatsächlich können Vermögen — jedes als eine Gesamtheit von Gütern aufgefaßt — nur nach dem Nutzen solcher Gesamtheiten, d. h. nach den Erträgen einheitlich bewertet werden.

Zur weiteren Widerlegung der Behauptung, daß Vermögensstatistiken Schlüsse auf den Reichtum und durch Vergleiche auf die Entwicklung des Reichtums zulassen, daß also Steigen der Wertziffern Steigen des Volksreichtums bedeutet und umgekehrt, führen wir nun in einem besonderen Teile jene Fälle an, die beweisen, daß

1. Völker mit gleichbleibender Vermögenswertziffer trotzdem immer reicher oder immer ärmer werden können;
2. Völker mit steigender Vermögenswertziffer dennoch auf demselben Reichtumsgrad wie vorher stehen bleiben oder sogar immer ärmer werden können;
3. umgekehrt Völker mit sinkender Vermögenswertziffer so reich wie vorher bleiben oder sogar immer reicher werden können.

B. Besonderer Teil.

1. Abschnitt.

Der Bodenwert.

I. Nehmen wir eine Kolonie A von — sagen wir — hundert Menschen auf einem verhältnismäßig großen Terrain an. Primaböden sind im Überfluß vorhanden; der Boden ist also hier sozusagen freies Gut, da jeder davon nach Belieben viel für sich nehmen kann. Der einzelne wird nun von dem Boden und zwar von dem Primaboden nicht mehr okkupieren, als er für seinen und eventl. seiner Familie Unterhalt nötig hat. Jeder möge auf seinem Boden verschiedenartige Früchte ziehen. Was der eine an Produkten zu viel hat, tauscht er bei dem anderen gegen dessen Überschuß an anderen Produkten ein. Offenbar richtet sich dieser Tausch nach dem Arbeitsaufwand,[18]) den das eine bezw. andere Erzeugnis erfordert. Keiner würde auf die Dauer, d. h. wenn das augenblicklicke Bedürfnis nach den betreffenden Produkten bei einem der Tauschenden nicht zu stark ist, für ein Gut ein Äquivalent hergeben, das mit größerem Arbeitsaufwand als das eingetauschte Gut produziert ist. Dann stände sich der betreffende Kolonist ja besser, wenn er das gewünschte Gut selbst produzierte. Da die Bedürfnisse auf solcher Wirtschaftsstufe sich nur auf zum Lebensunterhalt notwendige Dinge erstrecken, so zieht man nur deren Brauchbarkeit für die unmittelbare Bedürfnisbefriedigung in Betracht.

Weil der Boden des einen vor dem des anderen nichts voraus hat, so schreibt man ihm auch keinen Anteil am Ertrage zu; aus demselben Grunde folgt, daß niemand eine Bodenrente bezieht.

Wollte jemand nach einer gewissen Zeit einmal den Gesamtvermögensbestand der Ansiedlung feststellen, so würde er den Realertrag der auf den Boden

[18]) Vgl. Ricardos Grundgesetze. S. 2 f.

aufgewendeten Arbeit zu ermitteln haben; er würde ein Realvermögen von so viel Häusern, Scheunen, so viel Ackergeräten, so viel Vieh, so viel Bodenprodukten usw. feststellen. Die Summe von Arbeitseinheiten, die auf die einzelnen Vermögensstücke entfallen, mit denen letztere im Verlustfalle zu reproduzieren wären, der Gesamtarbeitsaufwand bedingt den Wert des Gesamtvermögens.

Was würde demnach in dieser Vermögensstatistik völlig fehlen? Eine Bewertung des Grund und Bodens. Die auf letzteren entfallenden Arbeitseinheiten (das Umgraben, Säen und Ernten) kommen nicht in Betracht; sie bestimmen den Wert der Produkte, in die sie gleichsam aufgehen.

Gehört nun in diesem Falle Grund und Boden zum Reichtum der Kolonie? Zweifellos; denn als Mittel der Bedürfnisbefriedigung sowohl der einzelnen als auch der Gesamtheit bildet er den hervorragendsten Teil des Reichtums. Von seinem Ertrage hängt ja in erster Linie der Grad der Bedürfnisbefriedigung ab.

Die Bedeutung des Grund und Bodens leuchtet sofort ein, wenn wir uns zum Vergleiche mit der Ansiedlung A eine gleiche Ansiedlung B auf einem weniger fruchtbaren Boden, der ebenfalls im Überfluß vorhanden ist, vorstellen. Ermittelt man wieder wie oben nach gewisser Zeit den Vermögensbestand, so ergäbe sich, da bei gleichem Arbeitsaufwand ein geringerer Realertrag erzielt wurde, ceteris paribus auch ein kleineres Vermögen (Realvermögen).

Angenommen, die Kolonie A konsumiere das Plus an Erzeugnissen des Bodens; die Bedürfnisbefriedigung ist zufolge des größeren Ertrags besser und der Reichtum entsprechend höher als in B. Dagegen stellt sich — darauf kommt es an — der Wert des Vermögens von A genau so hoch wie der von B (nach Arbeitseinheiten festgestellt). Das bedeutet: Gleiche Vermögenswerte, verschiedene Reichtumsgrade, und zwar infolge verschieden hoher Erträge.

Wollte die Kolonie B die gleiche Menge von Bodenprodukten, die A von ihrem Boden gewinnt, d. h. den gleichen Ertrag erzielen, so müßte sie den Arbeitsaufwand auf ihrem minderwertigen Boden erhöhen.

Dieses Plus an Arbeitsaufwand[19]) würde dann in einer höheren Summe von Arbeitseinheiten, einem größeren Gesamtarbeitsaufwand, der den Wert des im Vergleichszeitpunkte ermittelten Realvermögens darstellte, zum Ausdruck kommen.

Die Kolonie A ist dann reicher trotz geringerer Wertziffer des Volksvermögens, weil sie eben es leichter hat, sich mit Bodenprodukten zu versorgen, also sich Arbeit ersparen kann, bezw. B ist ärmer trotz höherer Wertziffer, weil sie sich auf nicht so bequeme Weise den gleichen Lebensunterhalt zu verschaffen vermag.

Noch deutlicher tritt der Unterschied in den Reichtumsgraden zutage, wenn wir annehmen, daß zufolge des erhöhten Arbeitsaufwandes der Ertrag in B wohl steigt, aber nicht — wie im letzten Falle — demjenigen in A gleichkommt, sondern trotz des Mehraufwandes hinter letzterem zurückbleibt. A kann also mehr Bodenprodukte konsumieren als B; letztere ist offensichtlich ärmer (weil eben der Ertrag kleiner ist) und zwar wieder trotz des höheren Vermögenswertes.

Kehren wir zu unserer Kolonie A zurück. Wir haben in einem bestimmten Zeitpunkte ein bestimmtes Volksvermögen festgestellt. Nun wächst die Bevölkerung. Der bereits in Anbau genommene Boden reicht nicht mehr aus; es wird weiter Primaboden, der ja reichlich vorhanden ist, herangezogen; der Gesamtertrag steigt absolut und bleibt relativ, d. h. pro Kopf der Bevölkerung, derselbe. Wenn wir sonst unveränderte Bedingungen voraussetzen, so beobachten wir ein Steigen des realen Volksvermögens parallel dem Steigen der Bevölkerungsziffer.

Das hat nun seine natürliche Grenze. Einmal muß der Zeitpunkt kommen, wo man auf die ebenfalls reichlich vorhandenen Sekundaböden angewiesen ist. Da deren Erträge geringer sind, ergibt sich eine Bodenrente zugunsten der Primaböden. Das ist von Bedeutung für das Volksvermögen; denn es erscheint ein neuer Posten in der Aufstellung: der Tauschwert der Primaböden. Nur würde deren Bewertung unter

[19]) Voraussetzung ist also, daß noch überschüssige Arbeitskraft vorhanden ist.

den angenommenen Verhältnissen, wo der Boden nicht wie heute gleich jeder anderen Rentenquelle Verkehrsgut ist, dem Berechner des Volksvermögens Schwierigkeiten machen. Eine feste Bewertung der Primaböden — wie oben bei den durch Arbeit hervorgebrachten Gütern nach Arbeitseinheiten oder etwa gegenüber den Sekundaböden ersparten Arbeitseinheiten — geht nicht an. Uns interessiert aber nicht weiter, in welcher Weise man wohl die Primaböden in der Vermögensstatistik kalkulieren würde.

Wir fragen nur: Ist deshalb, weil die Primaböden jetzt in der Aufstellung erscheinen, das Volk reicher als vorher geworden? Durchaus nicht. Im Gegenteil; wir bemerken, daß zwar absolut der Gesamtertrag gestiegen, relativ aber (in bezug auf die größere Bevölkerung) zufolge des geringeren Ertrages der Sekundaböden gesunken ist. Der jetzige Realertrag befriedigt nicht mehr in gleichem Maße die Bedürfnisse wie früher. Die Kolonie ist also ärmer geworden; ja, auf die Dauer, d. h. wenn die Entwicklung so weiter verliefe, müßte Verarmung platzgreifen, da sich der Realertrag relativ immer mehr verringern würde und zwar um die Differenz in den Erträgen der verschiedenen Bodenklassen.

Aber das Vermögen der Kolonie? Es werden zwar relativ weniger Scheunen, Vieh usw. vorhanden (da mehr Arbeit an die Bodenproduktion gebunden ist) und demnach die Werte dieser Vermögenskategorien relativ geringer sein; dafür erscheinen aber jetzt die bisher unbewertet gebliebenen Primaböden in der Vermögensstatistik, was sich ausgleicht. Die Gesamtwertziffer bleibt also dieselbe, während der Reichtum gesunken ist, da der Realertrag geringer geworden.

Was wir mit dieser Darlegung zeigen wollen, ist 1. die Bedeutung von Grund und Boden im Volksvermögen, 2. die Wichtigkeit und ausschlaggebende Bedeutung des Volkseinkommens für den Reichtum.

II. Wir haben oben gesehen, wie zunächst die ertragreichsten Böden, mit steigender Bevölkerung dann die Böden zweiter, dann dritter Qualität usw. in der Vermögensstatistik erscheinen,[20]) bis schließlich,

[20]) Damit ist nicht gesagt, daß die besseren Böden nur ziffernmäßig bei der Berechnung des Volksvermögens eine Rolle spielen, realiter aber für den Reichtum ohne Bedeutung sind. Vielmehr,

nachdem das gesamte zur Verfügung stehende Land okkupiert ist, auch die Böden letzter Qualität bewertet werden. Es wäre dies die naturgemäße Entwicklung bei Völkern, die in der Art der Bodenbewirtschaftung keine Fortschritte machen; die Entwicklung würde dadurch gekennzeichnet, daß die Kolonisten von relativem Reichtum in immer größer werdende Armut gerieten (und zwar wegen des immer geringer werdenden Bodenertrages).

Wenden wir uns nunmehr einem Zustande mit Geldverkehr zu.

Ein Volk kann seine Bodenproduktion nur durch Vermehrung des Aufwandes an Arbeit und Kapital (Kapitalkosten, die auf Arbeitskosten zu reduzieren sind) steigern. Da aber die landwirtschaftliche Produktion im Zeichen des Gesetzes des abnehmenden Ertrages steht, also der relative Ertrag der Arbeitseinheit sinkt, so wird, wie bereits oben gezeigt, der Produktenüberschuß, der Nettoertrag (produit net) im Verhältnis zum Gesamtaufwand kleiner.

Angenommen, das Vermögen eines Volkes sei derzeit auf 100 Milliarden Mark berechnet. Nun möge die Bevölkerung steigen. Der Mehraufwand an Kapital und Arbeit, der auf dem Boden zwecks Befriedigung des gestiegenen Bedarfs an Lebensmitteln erfolgen muß, erzielt nach dem Bodengesetz von einem bestimmten Zeitpunkte ab keinen entsprechenden Mehrertrag. Das bedeutet, daß die auf die Produkteinheit entfallenden Kosten steigen. Die erhöhten Kosten kommen in erhöhten Preisen, zumal die Nachfrage nach Bodenprodukten in gleichem Verhältnis wie die Bevölkerung wächst, zum Ausdruck.[21])

je mehr minderwertige Böden herangezogen werden müssen, desto mehr steigt die Bedeutung der besseren Böden auch für den Reichtum, da die Tatsache, daß sie Arbeit ersparen, mehr und mehr ins Gewicht fällt.

[21]) Das Steigen der Bevölkerung bringt also eine fortschreitende Teuerung mit sich, die wieder eine Folge der sinkenden Produktivität in der Urproduktion ist. Einen Ausgleich vermag der Fortschritt in der landwirtschaftlichen Technik auf die Dauer nicht zu schaffen, da es hinsichtlich der Gütermenge in der Landwirtschaft ein non plus ultra, ein absolutes Produktionsmaximum gibt. Wir brauchen daher an dieser Stelle die Gegenwirkung des genannten Fortschrittes nicht zu berücksichtigen, da es sich gegenüber unserem Beispiele nur um einen Unterschied im Tempo handelt.

Setzen wir in unserem Falle voraus, die Bevölkerung und demnach die Nachfrage seien nur in dem Maße gestiegen, daß in einem Vergleichsjahre auf den Kopf die gleiche Menge an Bodenprodukten entfällt wie im ersten Jahre, daß also die durch den Mehraufwand an Kapital und Arbeit vermehrte Produktion mit der gestiegenen Bevölkerung gleichen Schritt gehalten hat, so stehen die Produktenpreise allgemein im Vergleichsjahre höher, und zwar sind sie in stärkerem Maße gestiegen als die im Durchschnitt auf die Produkteinheiten entfallenden Kosten, da die Preise der auf den Grenzböden gezogenen Produkte auch für die Erzeugnisse der besser qualifizierten Böden maßgebend sind; infolgedessen steigen auch die Renten von letzteren. Während also im vorliegenden Falle die Gesamtmenge landwirtschaftlicher Produkte absolut gestiegen und relativ (in bezug auf die Bevölkerungsziffer), wie angenommen, dieselbe geblieben ist, hat sich der gesamte Gelderlös absolut und relativ (in bezug auf die Produktenmenge) vermehrt. Der Realertrag (Nettoertrag) ist gesunken, da im Durchschnitt mehr Arbeit aufgewendet werden mußte; umgekehrt verhält es sich mit dem Geldertrag (Nettoertrag).

Fügen wir sogleich den zweiten Fall ein. Wir nehmen an, daß Bevölkerung und Nachfrage in gleichem Maße wie oben gestiegen sind, dagegen die Produktenmenge trotz des gleichen Mehraufwandes an Kapital und Arbeit wie im ersten Falle geringer geworden ist; daß also der Realertrag absolut gestiegen, relativ dagegen in noch stärkerem Maße als oben gesunken ist. Die Folge ist, daß sich der Geldertrag noch höher beläuft.

Es ergibt sich dann im wesentlichen dasselbe, was wir bereits unter Absatz I gesehen haben.

Das Plus an Arbeitskraft, das durch die vermehrte Bevölkerung entsteht, braucht nicht vollständig in der Landwirtschaft Verwendung zu finden; es kann — und das ist die Regel — auch anderen Wirtschaftszweigen (etwa der Industrie und dem Bergbau) zugute kommen. In unserem Falle nehmen wir der Einfachheit halber an, daß das ganze Plus an Arbeitskraft für die Mehrproduktion an landwirtschaftlichen Erzeugnissen benötigt wird.

Infolgedessen muß relativ eine Verminderung der Realerträge anderer Wirtschaftszweige (Industrie, Bergbau) eintreten; in beiden Fällen ist dann das Volkseinkommen gesunken (natürlich in verschiedenem Maße), das Volk also ärmer geworden.

Aber die Vermögenswertziffer ist in beiden Fällen im Vergleichszeitpunkte absolut gestiegen und relativ die gleiche geblieben. Wieso? Auf der einen Seite (Industrie usw.) ergibt sich zwar relativ ein Minus an Geldwert in der Vermögensstatistik, dafür aber auf der anderen ein Plus bei der Kategorie Grund und Boden; denn durch die höheren Renten steigen die Preise von Grund und Boden[22]) und zwar im zweiten Falle noch mehr als im ersten, da die Renten höher sind.

Wenn man uns also sagte: Damals betrug das Volksvermögen 100 Milliarden Mark, jetzt beläuft es sich auf etwa 130 Milliarden Mark, so ist doch nicht das betreffende Volk um 30 Milliarden Mark reicher geworden; eine solche Schlußfolgerung aus den Ziffern würde fehlgehen. Das Volk ist zwar reicher an Tauschwert geworden; dieses Plus nützt ihm aber nichts.

Zusammenfassend können wir sagen: Der Geldwert der Volksvermögen ist in beiden Fällen absolut gestiegen und relativ derselbe geblieben; das Volk ist gleichwohl ärmer geworden und zwar deshalb, weil sein Realeinkommen gesunken ist.

Ricardo[23]) betont ausdrücklich, „daß das Entstehen von Renten eine Schaffung von Tauschwert und keine Schaffung von Reichtum ist." „Wenn der Preis des Getreides wegen der Schwierigkeit, eine gewisse Menge hervorzubringen, von 4 £ auf 5 £ für den Quarter steigen sollte, so wird eine Million Quarters einen Tauschwert von 5 000 000 £ anstatt von 4 000 000 £ haben, und da dieses Getreide nicht nur gegen mehr Geld, sondern auch gegen mehr von jedem anderen Gute ausgetauscht werden wird, so werden die Besitzer einen größeren Betrag an Tauschwert haben; und da gar keiner einen geringeren haben wird,

[22]) Am schärfsten tritt der höhere Tauschwert bei den hochqualifizierten Böden, deren Renten ja bei obiger Entwicklung fortwährend steigen, zutage. Dann bei jenen Grundstücken, deren Lage zum Bewirtschaftungszentrum oder zum Markte günstig ist, folglich eine Kostenersparnis (Transportkosten) mit sich bringt.

[23]) Grundgesetze. S. 369/70. (32. Hauptstück.)

so wird die ganze Gesellschaft im Besitze eines größeren Tauschwertes sein (Ricardo übersieht, daß dem höheren Getreidewerte ein geringerer Wert anderer Vermögensobjekte gegenüberstehen muß, da die Menge letzterer, weil ihnen Arbeitskräfte entzogen werden, sich vermindern wird. Die ganze Gesellschaft wird also im Besitze des gleichen Tauschwertes bleiben) und in diesem Sinne ist das Entstehen von Renten eine Schaffung von Tauschwert. Allein dieser Tauschwert ist insofern bloß Nennwert, als er den Reichtum, d. h. die Bedürfnismittel, Bequemlichkeiten und Genüsse der Gesellschaft nicht vermehrt" (im Gegenteil vermindert).

III. Vergleichen wir nun zwei Völker A und Z, von denen A Böden mit ziemlich gleicher, Z solche mit recht verschiedener Fruchtbarkeit in Anbau hat; dagegen soll kein Boden in Z fruchtbarer als die Böden in A sein. Unter sonst gleichen Bedingungen beziehen die Bodenbesitzer in Z höhere Renten als diejenigen in A. Der Realertrag an landwirtschaftlichen Produkten ist zwar in Z geringer als in A; über die Höhe der Bodenrente entscheidet aber nicht die Menge der Erzeugnisse, sondern deren Tauschwert oder Preis.

Angenommen, A besitze 10 Bodeneinheiten (Flächeneinheiten), ebenso Z. Der Realertrag möge in A 1000 Produkteinheiten betragen, in Z (trotz gleichen Aufwandes) nur 800. Der Preis der 1000 Produkteinheiten von A soll 2000 Geldeinheiten sein; dann würde sich der Preis der 800 Produkteinheiten von Z auf mindestens 2000 Geldeinheiten belaufen.

Demnach muß in einem Lande mit fruchtbaren Ländereien die Rente niedriger sein als in einem Lande, das über minder ergiebige Böden verfügt. Ricardo[24]) sagt: „Solange nur der ergiebigste Boden in Anbau ist, empfängt der Grundherr den kleinsten Anteil am ganzen Erzeugnisse, sowie auch den geringsten Tauschwert, und nur wenn Boden geringerer Güte erforderlich wird, um die steigende Bevölkerung zu ernähren, steigt auch stufenweise beides, nämlich der Anteil des Grundherrn am ganzen Erzeugnisse und der Tauschwert, den er empfängt."

[24]) Grundgesetze. S. 373.

Was den Bodenwert angeht, so muß dieser im Lande Z höher sein als im Lande A. Ist deshalb Z bezüglich dieser Vermögenskategorie reicher zu nennen? Im Gegenteil; der Boden von A befriedigt ja trotz seines geringeren Geldwertes in höherem Maße die Bedürfnisse des Volkes, da er höheren Ertrag abwirft.

Setzen wir nun voraus, A benötige zu seinem Bedarf nur 800 Produkteinheiten, so bleiben 200 Produkteinheiten frei, die gegen andere Erzeugnisse fremder Völker ausgetauscht werden können. Dieser Überschuß kann nun auf zweifache Weise Verwendung finden: 1. Es werden landwirtschaftliche Maschinen, Geräte usw. eingeführt (Zuwachs an Sachkapital). 2. Als Gegenwert werden Weine, Südfrüchte, Kakao, Tee usw. bezogen (Steigerung der Konsumtion von Genußmitteln). Letzterer Fall interessiert uns hier in erster Linie. Im Vergleichszeitpunkte möge man ein Volksvermögen von 150 Milliarden Mark ermittelt haben.

Nun das Land Z. Dieses erzielt keinen Überschuß an Bodenprodukten. Der jährliche Ertrag von 800 Produkteinheiten dient dem eigenen Bedarf. Würde es auf die Konsumtion der oben genannten Genußmittel (die es unter Umständen mit einem Überschusse von Industrieerzeugnissen bezahlen könnte) verzichten, so ist ceteris paribus, d. h. unter der Annahme, daß die Industrie unter den gleichen Bedingungen steht wie in A, das in der Industrie steckende Vermögen genau so groß wie in A, da die Realerträge die gleichen sind. Dagegen ist das reale Volksvermögen als Ganzes in Z kleiner, da der Durchschnittsrealertrag (infolge des weniger ergiebigen Bodens) geringer ist; und weil eben letzterer kleiner ist, ist Z ärmer als A.

Ein anderes Bild zeigt aber die Vermögensstatistik der beiden Länder. Das in allen übrigen Wirtschaftszweigen steckende Kapital wird unter obiger Voraussetzung in A und Z gleich hoch bewertet werden. Der Boden von Z erscheint zwar mit höherer Wertziffer in der Statistik; aber dieses Plus an Bodenwert wird ausgeglichen durch das Minus an Vermögenswert bei den Konsumenten der Bodenerzeugnisse, die ja die Produkte teurer bezahlen müssen. Infolgedessen wird die Wertziffer des gesamten Volksvermögens in A und Z

im Vergleichszeitpunkte gleich hoch gefunden. Das bedeutet: Gleiche Vermögenswerte, verschiedene Reichtumsgrade und zwar infolge verschieden hoher Einkommen.

Um die Bedeutung des Volkseinkommens für die Reichtumsentwicklung noch deutlicher zu erkennen, brauchen wir nur den Fall 1 zu verfolgen; A würde weiter den Produktenüberschuß ständig zur Anschaffung von Maschinen oder sonstigen produktiven Anlagen verwenden. In einem weiteren Zeitpunkte würde der größere Reichtum im höheren Ertrage einer anderen Kategorie bezw. in höheren Erträgen anderer Kategorien des Volksvermögens handgreiflich zum Ausdruck kommen. Auf die Dauer wird sich der höhere Reichtum in steigenden Erträgen und in dem steigenden Realvermögen zeigen.

IV. Untersuchen wir nun umgekehrt die Wirkung des Sinkens der Bodenrente.

Fallen die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, ohne daß sich die Produktionskosten (Verzinsung des Kapitals und die Ausgaben für Löhne) verringern, so fällt die Geldrente und mit ihr der Bodenwert (so häufig in Deutschland in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts infolge der Konkurrenz des transozeanischen Getreides). Die Wertziffer des Volksvermögens sinkt, soweit dafür der Geldwert des Bodens in Betracht kommt. In einem Vergleichszeitpunkte würde diese Kategorie einen geringeren Betrag an Tauschwert aufweisen.

Gehen die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zufolge fremder Konkurrenz herab, so werden die letzten, am wenigsten ergiebigen Böden ausgeschaltet, da ihnen die Kosten nicht mehr ersetzt werden. Dadurch mindert sich zwar im ganzen der Realertrag der Landwirtschaft, aber infolge der freiwerdenden Arbeit, die bisher auf den letzten Böden Verwendung fand, kann der Realertrag irgendwo sonst gesteigert werden. Dieses Plus an Ertrag wird größer sein (wegen der höheren Produktivität der betreffenden Wirtschaftszweige) als das Minus des landwirtschaftlichen Realertrages. Das bedeutet volkswirtschaftlich eine Arbeitsersparnis; denn mit dem gleichen Arbeitsaufwand wird jetzt ein höherer Gesamtrealertrag erzielt. Das Volk ist demnach reicher

geworden. Dadurch, daß die billigen Bodenprodukte des Auslandes gegen das Ertragsplus der produktiver gewordenen Wirtschaftszweige eingetauscht werden, erhält das Inland mehr Produkte, als es vorher von den letzten Böden empfing. Das ist gleichbedeutend mit einer reichlicheren und besseren Versorgung der Bevölkerung.

Was nun die Vermögensstatistik angeht, so kann das Minus des Wertes der Kategorie Grund und Boden durch das Plus des Wertes anderer ertragreicher gewordener Vermögenskategorien — z. B. der Bergwerke, wenn das fremde Korn mit Kohlen bezahlt wird, oder der Betriebsanlagen der Textilindustrie, die geschaffen werden, um Korn mit Textilfabrikaten zu bezahlen, usw. — ausgeglichen werden, sodaß die Vermögenswertziffern in beiden Zeitpunkten dieselben wären. Also wiederum gleiche Preissummen trotz der gesteigerten Konsumtion (zufolge des höheren Einkommens) und des gestiegenen Wohlstandes.

Das Fallen der Produktenpreise und der Bodenwerte bedeutet nichts anderes, als daß die Tauschkraft der übrigen Einkommen und Vermögen gestiegen ist, während die Tauschkraft der Erträge der Landwirtschaft und der Bodenvermögen gesunken ist. Es hat also nur eine Verschiebung in der Einkommen- und Vermögenslage der einzelnen Bevölkerungsgruppen stattgefunden. Die Bodenbesitzer beziehen zwar ein geringeres Geldeinkommen; dafür gewinnen aber (infolge der Preissenkung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse) die übrigen Klassen an Einkommen und zwar mehr, als jene verlieren.

V. Dasselbe ergibt sich, wenn wir die Wirkung von Verbesserungen in der landwirtschaftlichen Technik, wodurch der Realertrag erhöht wird, auf den Wert des landwirtschaftlich benutzten Bodens untersuchen.[25]) Offenbar müßte er sinken, wenn bei gleicher Nachfrage nach Bodenprodukten deren Geldwert zufolge der Verbesserung geringer würde, sodaß der — real gestiegene — Gesamtertrag einen geringeren Geldertrag darstellte als der frühere geringere Realertrag.

[25]) Allgemeiner Teil; 4. Abschnitt.

Der verminderte Bodenwert wird wieder dadurch ausgeglichen, daß an anderer Stelle (z. B. bei den Konsumenten) mehr Vermögen auftritt. Das Volksvermögen bleibt also ziffernmäßig dasselbe, obwohl der Reichtum zufolge des höheren Einkommens wächst.

Der Geldwert des Vermögens kann sogar in einem Vergleichszeitpunkte gesunken sein, nämlich in dem Falle, daß der Überschuß an Bodenprodukten, wie oben angenommen, zur Einfuhr feinerer Genußmittel verwendet wird. Das betreffende Volk ist dann trotz der geringeren Vermögenswertziffer reicher geworden.

Technische Verbesserungen oder Fortschritte in der Organisation des Betriebes, die sämtlich auf Arbeitsersparnis hinauslaufen, vermindern die Realkosten; sie führen zur Produktivitätssteigerung. Zufolge der Vermehrung des realen Volkseinkommens besteht die Möglichkeit einer besseren Versorgung der Bevölkerung; der Volksverbrauch kann steigen, ohne den Vermögensbestand zu schmälern, oder es ergibt sich, wenn der Verbrauch derselbe bleibt, ein realer Zuwachs am Volksvermögen. Die Steigerung des Realertrages bedingt den Fortschritt im Reichtum. Nicht die Rentabilität, die der einzelne in erster Linie will, sondern die Produktivität, die der Gesamtheit nützt, ist ausschlaggebend.

2. Abschnitt.

Der Konjunkturen- und Spekulationswert.

I. Wir haben im ersten Abschnitte die Bewegung der Fruchtbarkeitsrente verfolgt; daran anschließend untersuchen wir nun die Bewegung der Ortsrente; beide sind Konjunkturergebnisse.

Es handelt sich also in diesem Abschnitte vor allem um städtische Grundstücke (Baustellen, Terrains, Häuser). Es erübrigt sich, ein Bild der bekannten enormen Wertsteigerungen solcher Vermögensobjekte[26]) an dieser Stelle zu entwerfen. Je stärker sich die städtische Bevölkerung vermehrt und lokal

[26]) Auch ländliche Grundstücke können unter Umständen ebenso enorm im Preise steigen (so z. B. infolge der Kriegskonjunktur).

konzentriert, je mehr bisher landwirtschaftlich benutzte Flächen oder Gartengrundstücke für den Wohnungsbedarf herangezogen werden, desto stärker müssen jene Werterhöhungen sich geltend machen und auf den Verkehrswert umliegender Grundstücke ihren Einfluß ausüben.

Die Böden werfen als Standorte verschieden hohe Renten ab und sind demgemäß auch in ihrem Verkehrswerte sehr verschieden. Für Erwerbsgrundstücke (Geschäftsgrundstücke) kommt die Differenz der Lage um so mehr in Betracht, je größer die Städte sind. Die bestgelegenen Geschäfte profitieren naturgemäß am meisten. Entsprechend steigen Miete und Bodenwerte im Verhältnis, wie das Maß des Profites steigt. Das bringt der objektive Zwang der Verhältnisse mit sich. Bei Wohnungsgrundstücken gewinnt die Entfernungsdifferenz ebenfalls um so größere Bedeutung, je größer die Ortschaft ist; dazu kommt vor allem die Annehmlichkeit, sodaß Böden mit Prima-Annehmlichkeit unter Umständen, zumal dann, wenn solche weiter keine vorhanden sind, eine Monopolstellung erringen können und infolgedessen einen ganz enormen Verkehrswert haben.

Wenn Industrien sich ausbreiten, neue erstehen, Handel und Verkehr zunehmen usw., so hat dieser Aufschwung ein Steigen der Bodenwerte zur Folge (zumeist wird auch die Bevölkerung nur dann größer). Bei einer solchen Entwicklung,[27]) wo parallel dem steigenden realen Volkseinkommen ein Steigen des realen Volksvermögens geht, bedeutet auch eine höhere Wertziffer des Grund und Bodens und des sonstigen Volksvermögens einen wirklichen Fortschritt im Reichtum. Man muß sich aber hüten, unbesehen aus dem Steigen des Wertes des Grund und Bodens usw. auf den G r a d dieses Fortschrittes zu schließen.

Was beweist die Tatsache, daß im Zeitpunkte x ein Verkehrswert des städtischen Grund und Bodens

[27]) Die erwähnten Momente (Aufkommen neuer Wirtschaftszweige, neue Handelsniederlassungen, auch der Übergang von Massenindustrien zu Qualitätsindustrien usw.), die eine steigende Nachfrage nach Böden für Standorte und ein entsprechendes bezw. noch stärkeres Anschwellen der Bodenpreise bewirken, erklären übrigens auch die Verschiedenheit der Höhe der durchschnittlichen Ortsrente in verschiedenen Ortschaften.

in Höhe von 40 Milliarden Mark, im Zeitpunkte y ein solcher von 50 Milliarden Mark ermittelt wird? Zunächst noch gar nichts; und wenn wir nur die Endziffern des Volksvermögens in den beiden Zeitpunkten vor uns haben, so ist überhaupt jeder Schluß unmöglich oder doch nur willkürlich.

Wächst die städtische Bevölkerung, so hat dies zur Folge, daß die Nachfrage nach Wohnungen größer wird. Dadurch steigt die Rente und mit ihr der Bodenwert. Diesen Wertsteigerungen stehen vielfach neue Kapitalverwendungen der Besitzer jener Grundstücke überhaupt nicht gegenüber (so namentlich im Zentrum der Städte), oder, wo sie vorliegen (an der Peripherie), stehen sie nicht immer im Verhältnis zu den Wertsteigerungen. Der höhere Bodenwert läßt also an sich noch keinen Schluß auf einen entsprechend höheren Wohlstand zu.

Es kommt vielmehr auch hier darauf an, ob die Produktivität des Landes, d. h. das Volkseinkommen gestiegen ist.

Angenommen, die Bevölkerung steige auf das Doppelte, ebenfalls der Realertrag und Geldertrag der übrigen Vermögenskategorien (einschließlich der landwirtschaftlich benutzten Böden). Letztere würden dann im Vergleichszeitpunkte einen doppelt so hohen Verkehrswert aufweisen wie im ersten Zeitpunkte.

Wie steht es nun mit den städtischen Grundstücken? Zweifellos steigen sie sämtlich im Preise. Wenn die Bevölkerung sich nur in gewissen Städten bezw. Gegenden zusammendrängt (was ja die Regel ist), so werden daselbst die Grundstückspreise gewaltig anschwellen und im Vergleichszeitpunkte mehr als das Doppelte an Geldwert aufweisen, zumal auch die umliegenden unbebauten, „spekulativen" Parzellen bei der Wahrscheinlichkeit, daß die Bevölkerung weiter wächst, eine ähnliche Wertsteigerung erfahren. Allerdings beobachten wir anderswo, nämlich dort, wo sich die Bevölkerung nicht in dem gleichen Tempo vermehrt, ein relativ geringeres Steigen der Bodenpreise. Wir können gleichwohl mit ziemlicher Sicherheit voraussetzen, daß man für den gesamten städtischen Grund und Boden im zweiten Zeitpunkte einen Verkehrswert berechnen wird, der mehr als das Doppelte desjenigen im ersten Zeitpunkte beträgt. Dann ist

auch der gesamte Geldwert des Volksvermögens im Vergleichszeitpunkte mehr als doppelt so hoch.

Das bedeutet: Ziffernmäßig ist das Volksvermögen gestiegen (absolut und relativ); realiter hat es sich verdoppelt, da der Realertrag doppelt so hoch ist; weil aber letzterer pro Kopf der Bevölkerung derselbe geblieben ist, ist auch der Reichtumsgrad trotz der ziffernmäßigen Vermögensvermehrung unverändert.

Auch hier handelt es sich nur um eine Verschiebung der wirtschaftlichen Lage der verschiedenen Bevölkerungsgruppen untereinander.[28]) Die Tauschkraft der Nichtbodenbesitzer ist, in Bodenwert gemessen, um so viel gesunken, als letzterer gestiegen ist. Adolf Wagner sagt: „Steigt ein Hektar Boden von 160 Mark auf 540 Mark (so beim Großgrundbesitz in Posen von 1800 bis 1895), so sind, anders betrachtet, 160 Mark von ein Hektar Bodenwert auf 0,30 Hektar Bodenwert gefallen."

II. An dieser Stelle sei auf all jene Wertsteigerungen hingewiesen, die durch mehr oder weniger sichere Zukunftsaussichten hervorgerufen sind, bei denen man in dem betreffenden Augenblicke überhaupt nicht weiß, ob die Erwartungen jemals eintreffen werden.

Nehmen wir z. B. Bergwerksgrundstücke. Zweifelhaft ist besonders der Wert der erst zu erschließenden Bergwerke, da man bei ihnen nicht weiß, ob sich dieselben überhaupt, zumal wenn schon die Erschließungskosten außergewöhnlich hoch sind, rentieren können. Es kommt dabei auf den konkreten Fall an; nicht in einem bestimmten Zeitpunkte, sondern erst auf die Dauer läßt sich feststellen, ob sich ein volkswirtschaftlicher Vermögenszuwachs ergeben hat oder nicht.

Stehen solche Vermögensobjekte in einem gewissen Zeitpunkte mit einer bestimmten Geldsumme im Inventar des Volksvermögens und fehlen darin in einem späteren Zeitpunkte, weil sich in der Zwischenzeit

[28]) Die Verschiebung ist am leichtesten bei den Lohneinkommen zu beobachten. Sind auch die Löhne nominal gestiegen, in stärkerem Maße kann ja der Aufwand für den Lebensunterhalt (hier z. B. für die Wohnung) gestiegen sein. Nur steigende Produktivität, d. h. Steigen des realen Volkseinkommens bringt ein Sinken der Preise und ein Steigen der Löhne, sowohl der Real- wie der Nominallöhne, mit sich.

herausgestellt hat, daß die an sie geknüpften Erwartungen nicht eingetroffen sind, so bedeutet das für den Reichtum des Volkes im zweiten Zeitpunkte ebensowenig einen Verlust, wie es im ersten einen Gewinn darstellte, weil das reale Volkseinkommen unbeeinflußt geblieben ist.

Man könnte einwenden, daß jene „dunklen Werte" nur selten Fehlschlüsse verursachen werden, da ja, wie bereits oben gesagt, dieselben auf die Dauer aus der Aufstellung verschwinden müssen. Dem ist aber entgegenzuhalten, daß die betreffenden Objekte unter Umständen, wenn man nämlich glaubt, daß sie doch einmal Gewinn abwerfen (man denke dabei auch noch an schwindelhafte Prophezeiungen), recht beträchtliche Zeit hindurch für hochwertig gehalten werden. Ferner ist zu beachten — und das ist für Schlüsse aus der Vermögensstatistik von größter Wichtigkeit —, daß die Vermögensberechnungen nicht von Jahr zu Jahr erfolgen, sondern immer nur in mehr oder weniger großen Zeiträumen und zwar für einen bestimmten Zeitpunkt. All das Zufällige, das sich gerade auf diesen bestimmten Zeitpunkt zusammendrängen kann (wir verweisen, was uns hier vornehmlich interessiert, auf die Phantasiegebilde, die in Jahren der Hochkonjunktur entstehen), beeinflußt in stärkstem Maße das Ergebnis und muß zu Fehlschlüssen führen, wenn man nur die Endziffern vergleicht. Daß auf die Dauer die Statistik sich in gewissem Sinne selbst korrigiert, leugnen wir nicht; aber eben diese Korrektur muß für uns eine Warnungstafel sein, bei Schlüssen Vorsicht anzuwenden. Speziell in diesem Abschnitte, wo es sich um Konjunktur- und Spekulationswerte handelt, müssen wir nachdrücklich auf die Wichtigkeit des Zeitpunktes der Vermögensberechnung hinweisen.

Noch ein Wort zu dem Bergwerksbesitz. Auch bei Bergwerken, die bereits längere Zeit gut rentiert haben, kann die durch Kapitalisation des Reinertrages ermittelte Wertgröße über den wirklichen Anteil dieser Vermögensobjekte am Volksreichtum nur wenig besagen. Das gilt sowohl bei Vergleichungen für dasselbe Land wie für verschiedene Länder. Hier spielen zu viele unbekannte Größen mit. Schon zufolge der jährlichen Förderung entsteht ein gewisser Vermögensverlust, der je nach der noch zu erwartenden Dauer

des Betriebes mehr oder weniger stark, unter Umständen allerdings überhaupt nicht ins Gewicht fällt. Die Feststellung der Betriebsdauer ist aber entweder ganz unmöglich oder doch äußerst unsicher. Ein Bergwerk ist ja ohne Rücksicht auf die noch vorhandene unterirdische Substanz schon dann wertlos, wenn die Kosten nicht mehr lohnen.

III. Sehr scharf äußert sich bei den Wertpapieren der Einfluß des momentanen Verkaufswertes auf die Vermögensstatistik. Es ist klar, daß dabei ein rein fiktiver Vermögenszuwachs bezw. -verlust sehr leicht eintreten kann. In der Hochkonjunktur, so z. B. im Kriege, werden Gewinne erzielt, die in keinem Verhältnis zum Anlage- und Betriebskapital der betreffenden Unternehmungen stehen und auch nicht zur Erweiterung des letzteren benutzt werden, Gewinne, die nach der Konjunktur auf ein recht bescheidenes Maß sinken. Das beeinflußt (obwohl eigentlich nur der „innere Wert" entscheidend sein sollte) in stärkstem Maße die Kurse der betreffenden Wertpapiere und, wenn letztere in der Vermögensstatistik erscheinen (so bei der personalen Methode, die auf der Veranlagung zur Vermögenssteuer basiert), auch deren Ergebnis. Ob eine dem gestiegenen Geldeinkommen der einzelnen Besitzer der Wertpapiere entsprechende Vermehrung des realen Volkseinkommens, eine reichlichere Versorgung der Bevölkerung, parallel geht, hängt vom Einzelfalle ab. Jedenfalls besteht die Möglichkeit, daß das reale Volkseinkommen unverändert bleibt und sich das höhere Geldeinkommen der betreffenden Kapitalisten aus einer augenblicklich dringlichen Nachfrage nach gewissen Produkten erklärt. Also auch hier nur Einkommens- und Vermögensverschiebung.

All die plötzlichen Werterhöhungen in den Jahren schnellen wirtschaftlichen Aufschwungs und die plötzlichen Entwertungen in Krisenzeiten wirken auf die Vermögenswertziffer ein und bringen oft in raschem Wechsel ganz verschiedene Ergebnisse mit sich. Das ist im Einzelfalle genau zu beachten — allerdings keine leichte Aufgabe; andernfalls läuft man Gefahr, daß Schlüsse auf die Reichtumsentwicklung fehlgehen.

Den Grad eines Fortschrittes (bezw. Rückschrittes) im Reichtum sollen die Ziffern klarlegen; die bloße

Tatsache, daß ein Volk reicher oder ärmer wird, können wir auch ohne die Vermögensstatistik herausfinden.[20])

Zum Schlusse fragen wir: Kann nicht bei steigendem Geldertrage (und demnach steigendem Geldwert der Vermögensobjekte), ohne daß sich der Realertrag ändert, gleichwohl eine Reichtumsvermehrung eintreten? Allerdings; wenn an die bisher ignorierten Beziehungen zum Auslande gedacht ist.

Es leuchtet ein, daß Wertsteigerungen von ausländischen Grundstücken, Wertpapieren usw., die sich im Besitze von Inländern befinden, für das Inland einen realen Einkommens- und Vermögenszuwachs bedeuten.

Ebenso, wenn als Abnehmer gewisser Inlandsprodukte ausschließlich das Ausland in Frage kommt. Diese Möglichkeit dürfte indes nur ganz selten obwalten.

3. Abschnitt.

Der landesübliche Zinsfuß. Der Verkehrswert der Rentenquellen.

I. Bestimmend für die Bewertung der Rentenquellen (ländliche und forstliche Grundstücke; städtische Grundstücke, vor allem Bauplätze, Gebäude; Wertpapiere usw.) sind zunächst die momentanen Gelderträge derselben. Als zweites Moment kommt dann noch die Höhe des allgemeinen landesüblichen Zinsfußes in Betracht.

Eine Rentenquelle, die einen Geldertrag von 4000 Mark abwirft, wird bei einem landesüblichen Zinsfuße von 5 % mit 80 000 Mark bewertet, bei einem Zinsfuße von 4 % mit 100 000 Mark.

Genau trifft diese Regel im Einzelfalle nicht zu. Die Rentenquelle wird etwas höher bewertet, wenn der Geldertrag von Jahr zu Jahr steigt, bezw. der Zinsfuß die Tendenz zu sinken hat und umgekehrt.

Sehen wir davon ab, so können wir sagen, daß

[20]) Wenn neue Fabriken entstehen, die Transportmittel sich vermehren, eine gesteigerte Lebenshaltung der Bevölkerung platzgreift usw., so ist es augenfällig, daß der Reichtum wächst. Wir wollen aber wissen, um wieviel er steigt.

auf die Dauer das Verhältnis der wirklichen Rente zum landesüblichen Zinsfuße den Verkehrswert der betreffenden Rentenquelle bestimmt.

II. Nehmen wir einmal an, um ein einfaches Beispiel zu wählen, das in der Maschinenindustrie eines Landes steckende Vermögen werde derzeit mit zwei Milliarden Mark bewertet. Jährlich sollen 10 000 Maschinen produziert werden. Jede Maschine koste in der Herstellung 20 000 Mark und werde für 30 000 Mark verkauft, sodaß sich der gesamte Nettoertrag auf hundert Millionen Mark beläuft. Der landesübliche Zinsfuß möge zurzeit 5 % betragen.

Durch starkes Zuströmen von Kapitalien aus dem Auslande, wo der Zinsfuß tiefer steht, sinkt nun der allgemeine Zinsfuß und steht in einem zweiten Zeitpunkte auf 4 %. Das Sinken des Zinsfußes wirkt bei der größeren Aussicht auf Gewinn produktionssteigernd. Nehmen wir in unserem Falle an, die jährliche Produktion steige sogar auf das Doppelte, sodaß jetzt 20 000 Maschinen hergestellt werden. Die Produktionskosten der einzelnen Maschine mögen dieselben wie vorher bleiben.[30]) Durch die schärfere Konkurrenz der einzelnen Unternehmungen und die nicht in gleichem Maße steigende Nachfrage nach Maschinen fällt aber allmählich der Preis der einzelnen Maschine und steht im Vergleichszeitpunkte auf 24 000 Mark. Die Maschinenindustrie würde also insgesamt nur noch einen Nettoertrag von achtzig Millionen Mark aufweisen. Bei Kapitalisierung mit 4 % beliefe sich das in der Maschinenindustrie steckende Vermögen auf zwei Milliarden Mark wie im ersten Zeitpunkte.[31])

Wenden wir diesen Fall auf alle übrigen Rentenquellen des Landes an; deren Realerträge steigen also wie in der Maschinenindustrie auf das Doppelte, während die Gelderträge sinken. Im Vergleichszeitpunkte würde demnach die Vermögensstatistik genau

[30]) Der Fall ist ja denkbar. Etwa gestiegene Arbeitslöhne könnten durch Mehrleistung oder bessere Betriebsorganisation ausgeglichen werden. (Tatsächlich würden die Produktionskosten wohl sinken.)

[31]) Wir brauchen nicht unbedingt anzunehmen, daß das Sinken des Zinsfußes eine Folge des Zuflusses ausländischer Kapitalien ist; Ursache kann ja auch die Produktivitätssteigerung sein.

dasselbe Bild zeigen wie im ersten Zeitpunkte. Das gilt aber nur für den von uns angenommenen bestimmten Vergleichszeitpunkt. Die in diesem Moment gleich hoch ermittelte Wertziffer würde tatsächlich Verdoppelung des Reichtums bedeuten, weil eben die Produktivität des Landes, d. h. das Volkseinkommen, sich verdoppelt hat.

Wie verhält es sich aber mit dem Volksvermögen auf die Dauer?

Dem Steigen des Realertrages kann und wird in aller Regel eine Vergrößerung des Realvermögens folgen. Wird der gesamte Mehrertrag zur Erweiterung der Kapitalanlagen der Maschinenindustrie, der Bergwerke, des Handels usw. verwendet, so steigt das Realvermögen parallel dem Steigen des Realertrages.

Das beeinflußt auch die Vermögensstatistik: Die Endziffer steigt. Kann man nun daraus einen Schluß auf den Grad des gestiegenen Wohlstandes ziehen?

Kehren wir zu unserer Maschinenindustrie zurück. (Was für diese gilt, lassen wir nach obiger Annahme auch für alle übrigen Rentenquellen gelten.)

Angenommen, der Realertrag steige weiter und in einem dritten Zeitpunkte würden jährlich 60 000 Maschinen hergestellt. Produktionskosten und Preis des Einzelproduktes sind gefallen: erstere auf 18 000 Mark, letzterer auf 22 000 Mark. Der Gesamt-Nettoertrag beläuft sich dann auf 240 Millionen Mark. Zufolge der Produktivitätssteigerung (s. S. 40 Anm. 31) ist der landesübliche Zinsfuß weiter auf 3 % gesunken. Im dritten Zeitpunkte wird demnach das in der Maschinenindustrie steckende Vermögen mit acht Milliarden Mark bewertet.

Was die Statistik des gesamten Volksvermögens angeht (nach unserer Voraussetzung liegen ja die Dinge bei allen übrigen Rentenquellen genau so wie bei der Maschinenindustrie), bedeutet dies: Ziffernmäßig hat sich das Volksvermögen gegenüber dem ersten Zeitpunkte um das Vierfache vermehrt, realiter um das Sechsfache. Das betreffende Volk ist nicht nur viermal so reich wie im ersten Zeitpunkte geworden, sondern sechsmal, weil eben das Volkseinkommen um das Sechsfache gestiegen ist.

Wir haben bisher vorausgesetzt, daß das gesamte Einkommensplus zur Erweiterung der bereits bestehen-

den Kapitalanlagen benutzt werde. Wir können auch annehmen, wie bereits früher, der ganze Mehrertrag werde gegen fremde Konsumgüter ausgetauscht. Regel wird sein, daß die Produktivitätssteigerung sowohl zur Vergrößerung der Kapitalanlagen als auch zur Vermehrung „der Genußmittel und der Vergnügungen des menschlichen Lebens" führt. Liegen die Dinge so, dann vergrößern sich zwar Realvermögen und Wertziffer; aber über den Grad des gestiegenen Wohlstandes vermag letztere nichts auszusagen.

III. Untersuchen wir den umgekehrten Fall; der landesübliche Zinsfuß steigt, etwa von 4 auf 5 %. Die Folge ist, daß die Unternehmungslust abgeschwächt und die Geschäftstätigkeit eingeschränkt wird; die Gewinne verringern sich, in einzelnen Produktionszweigen vielleicht derartig, daß die am meisten betroffenen Unternehmungen den Betrieb einstellen. Das Steigen des Zinsfußes wirkt also produktionsmindernd.

Die Unternehmer sind, wenn der Zinsfuß steigt, zunächst bestrebt, alle umsatzfähigen Produkte schnell zu realisieren, wodurch die Preise gedrückt werden; infolge der Produktionsminderung wird jedoch allmählich das Angebot geringer; bleibt die Nachfrage stabil, so steigen die Preise wieder.

Angenommen, im ersten Zeitpunkte betragen der Gesamtrealertrag 1000 Produkteinheiten, der Geldertrag 2000 Geldeinheiten und die Kosten 1600 Geldeinheiten. Die Rentenquellen werden dann bei einem Zinsfuße von 4 % auf 10 000 Geldeinheiten berechnet.

Nun steigt der Zinsfuß auf 5 %.

Im Vergleichszeitpunkte beläuft sich der Gesamtrealertrag auf 800 Produkteinheiten. Da die Nachfrage dieselbe geblieben ist, steigen die Einzelpreise; die 800 Produkteinheiten werden für 2300 Geldeinheiten verkauft; die Kosten sind (zufolge der höheren Verzinsung des Anlagekapitals usw.) auf 1700 Geldeinheiten gestiegen. Wird der verbleibende Nettoertrag von 500 Geldeinheiten mit 5 % kapitalisiert, so erscheinen die Rentenquellen wieder mit 10 000 Geldeinheiten in der Vermögensstatistik. Letztere ist also zufällig (nicht auf die Dauer) in beiden Zeitpunkten dieselbe.

Daraus darf man aber nicht den Schluß auf unveränderten Reichtum ziehen; dieser ist vielmehr gesunken, weil eben das reale Volkseinkommen sich verringert hat.[32])

IV. Auch für die Vermögenskategorie Grund und Boden einschließlich Gebäude ist neben den Geldertrågen die Höhe des landesüblichen Zinsfußes von Bedeutung. Sinkt der Zinsfuß, ohne daß sich die Rente ändert, so beobachten wir ein entsprechendes Steigen der Bodenwerte wie etwa bei Wertpapieren ein Steigen der Kurse. Das tritt besonders deutlich zutage bei dem städtischen Wohnungsboden und den unbebauten, der Spekulation dienenden Grundstücken, bei denen die künftig zu erwartende Rente zu dem niedrigeren Zinsfuße im voraus kapitalisiert wird. Eine derartige ziffernmäßige Erhöhung des Bodenwertes, die das Ergebnis der Vermögensstatistik vielleicht stark beeinflußt, stellt an sich nur eine Verschiebung der wirtschaftlichen Verhältnisse unter den einzelnen Bevölkerungsklassen dar, aber noch keine Reichtumsvermehrung; diese ergibt sich aus der Produktionssteigerung, die das Sinken des Zinsfußes verursacht.[33])

Angenommen, zwei Völker A und B besitzen gleich große, aber verschieden fruchtbare Flächen landwirtschaftlich benutzten Bodens. A erzielt einen Realertrag von 4000 Produkteinheiten, B bei gleichem Kapital- und Arbeitsaufwand einen solchen von 5000 Produkteinheiten. Der Preis für die Produkteinheit beträgt zwei Geldeinheiten. Der Zinsfuß steht in A

[32]) Wenn das Inland sich an das Ausland verschuldet, so steigt zufolge des höheren Zinsfußes auch die Schuldenlast. Dasselbe gilt umgekehrt, wenn der Zinsfuß sinkt. Fällt derselbe von 5 auf 4 %, so ist dies dasselbe, wie wenn eine Schuld von 100 Mark auf 80 Mark reduziert wird. Auch darin liegt also eine Wohlstandsvermehrung wie im umgekehrten Falle eine Wohlstandsminderung. Der Berechner des Volksvermögens würde aber wahrscheinlich nicht so kalkulieren, sondern die nominelle Schuldsumme einsetzen.

[33]) Es ist zu weit gegangen, wenn A. Wagner (Gutachten) sagt: „Ob und inwieweit eine Steigerung des Reichtumsgrades aus dem gestiegenen Werte des Volksvermögens folgt, hängt im konkreten Falle von der speziellen Ursache der Werterhöhung dieses Vermögens ab. Soweit diese auf Erniedrigung des Zinsfußes, nach welchem kapitalisiert wird, beruht, ist der Reichtum kein größerer geworden."

niedriger, weil daselbst Industrie, Handel, Transport, usw. produktiver sind (infolgedessen ist also auch der Gesamtrealertrag in A höher als in B).

Setzen wir nun voraus, die Gelderträge aus der landwirtschaftlichen Produktion seien in A und B gleich (diese Möglichkeit besteht ja, da A zufolge des niedrigeren Zinsfußes geringere Produktionskosten hat,[34]) so wird der Boden von A höher als der von B bewertet.

Was folgt daraus?

Eins ist sicher: Bezüglich der Vermögenskategorie Grund und Boden ist A trotz des höheren Geldwertes ärmer als B, weil eben der Realertrag geringer ist.

Anders dagegen, wenn wir den Volksreichtum insgesamt ins Auge fassen. Schon aus der Tatsache, daß in A der landesübliche Zinsfuß niedriger ist, geht hervor, daß dort ein höherer Wohlstand obwaltet; denn der niedrigere Zinsfuß weist auf die größere Produktivität in Industrie, Handel, Transport usw. hin.

Muß nun der höhere Reichtum von A auch in der Vermögensstatistik zum Ausdruck kommen? Das Plus an Bodenwert scheint ja dafür zu sprechen. Die Möglichkeit besteht allerdings, daß die Vermögenswertziffer von A diejenige von B nach Maßgabe der tatsächlichen Reichtumsgrade der beiden Völker übersteigt.

Es kann aber auch anders sein. Nicht allein der allgemeine Zinsfuß, sondern auch die Gelderträge kommen ja für die Bewertung der Rentenquellen in Betracht. (Vgl. Absatz I.) Diese Gelderträge der übrigen Vermögenskategorien von A können nun trotz höherer Realerträge kleiner sein als die Gelderträge derselben Kategorien von B, deren Realerträge niedriger als in A sind. Bei Kapitalisierung der Gelderträge mit dem verschiedenen Zinsfuße würden die Werte der betreffenden Rentenquellen sich nähern, wenn nicht gar übereinstimmen.

[34]) Zur Verdeutlichung diene folgendes Beispiel: Je ein Landwirt in A und B hat ein Betriebskapital von 100 000 Mark. Der Landwirt in A bezahlt Zinsen in Höhe von 4000 Mark (Zinsfuß 4 %), der in B in Höhe von 6000 Mark (Zinsfuß 6 %). Ersterer erzielt 4000 Produkte und verkauft sie zu 8000 Mark, letzterer erzielt 5000 Produkte, die für 10 000 Mark abgesetzt werden. Die sonstigen Produktionskosten (Saatgut usw.) sind für beide gleich (wenigstens annähernd gleich; der Arbeitslohn wird ja in A höher sein). Dann sind auch die Gelderträge dieselben.

Die Vermögensstatistiken von A und B zeigen also im Vergleichszeitpunkte nicht wesentlich verschiedene Ergebnisse, dagegen ist der Reichtumsgrad in A entschieden höher (bessere Lebenshaltung der Bevölkerung, größere und mannigfaltigere Konsumtion usw.) und zwar wieder deshalb, weil der Ertrag der Volkswirtschaft daselbst größer als in B ist.

4. Abschnitt.

Der Wert der dem Verkehr entzogenen Vermögen.

Wir haben bisher nur solche Vermögen betrachtet, die dem Besitzer unmittelbar Einkommen verschaffen, die direkt produktiv sind. Nun gibt es aber auch indirekt produktive Vermögen, bei denen man nicht ohne weiteres sagen kann: Der Besitzer bezieht daraus ein Einkommen in dieser oder jener Höhe. Dadurch entstehen Schwierigkeiten bei der Wertveranschlagung solcher Vermögen.

I. Zum Vergleiche stellen wir uns zwei Völker A und B vor, die ganz verschieden geartete Vermögen besitzen. In A bilden eine große Quote Paläste, Kunstschätze und dergl. (Italien), in B Fabriken, Bergwerke und dergl. (Belgien). Für B möge ein Volksvermögen von 120 Milliarden Mark ermittelt sein. Wie hoch beläuft es sich nun in A? Es fragt sich: Wie hat man jene Vermögensobjekte bewertet? Drei Möglichkeiten bestehen:

1. Man hat in B Paläste usw. nicht in Anschlag gebracht; also macht man es auch so in A. Die Vermögensstatistik von letzterem erfaßt dann nur jene Kategorien, die im Gegensatz zu B spärlich vorhanden sind (Fabriken, Bergwerke usw.). Infolgedessen beläuft sich das Volksvermögen von A auf nur 40 Milliarden Mark,

2. Man bringt die Vermögensobjekte von A (Paläste, Kunstschätze) mit den Preisen in Ansatz, die reiche Private gegebenenfalls dafür zu zahlen gewillt wären, also mit Liebhaberpreisen. (Wir setzen voraus,

daß dasselbe auch in B geschieht, wo demnach die Ziffer etwas höher als oben anzunehmen ist.) Das Volksvermögen berechnet sich nun auf 200 Milliarden Mark.

3. Man legt die Baukosten der Paläste usw. der Bewertung zugrunde. So würde man es wahrscheinlich in praxi machen. Jetzt seien die Volksvermögen von A und B gleich hoch gefunden.

Es ist klar, daß unter diesen Umständen Schlüsse aus der Vermögensstatistik leicht fehlgehen.

Untersuchen wir nur den dritten Fall näher. A und B haben ein Volksvermögen von je 120 Milliarden Mark. Werden wir sie deshalb auch gleich reich nennen? Man würde vielleicht auf den ersten Blick B für reicher halten, zumal man Fabriken, Kohlenlager usw. mit Recht als wesentlichere Bestandteile des Volksvermögens ansieht, da sie fraglos volkswirtschaftliche Kapitale (direkt produktive Vermögen) darstellen. Wenn wir indes die für den Reichtumsgrad entscheidende Frage stellen, in welchem Maße vermögen die beiden Völker ihre materiellen Bedürfnisse zu befriedigen, so ist es wohl denkbar, daß in A der Ertrag des Volksvermögens, also das Volkseinkommen zufolge großen Fremdenverkehrs größer ist als in B, das in Masse Güter produziert, die der Mensch täglich gebraucht, während A solche nur in unzureichender Menge selbst hervorbringt; dadurch aber, daß A durch den Fremdenverkehr Beträge zufließen, mit denen es sich Subsistenzmittel und sonstige „Bedürfnismittel und Gegenstände des Wohllebens" aus dem Auslande verschaffen kann, ist die Versorgung der Bevölkerung infolge des höheren Volkseinkommens vielleicht besser als in B; wir müssen demnach A trotz gleicher Vermögenswertziffer reicher nennen.[35])

II. Wir kommen nun zu einer Kategorie, die für unsere Untersuchung von besonderer Bedeutung ist: wir meinen das öffentliche Vermögen.

Wenn wir eine Vermögensstatistik durchsehen, so finden wir recht beträchtliche Werte von Reichs- und Staatsanlagen (Eisenbahnen, Bergwerke, Domänen,

[35]) Aus dem Beispiel geht deutlich hervor, daß Vermögen, wie im allgemeinen Teile dargelegt, nur nach ihren Realerträgen einheitlich bewertet werden können. Das Vermögen von A ist realiter größer als das von B, weil eben der Realertrag größer ist.

Forsten, Post- und Telegraphenanstalten; Kanalanlagen, See- und Binnenhäfen, Gebäude, Plätze (Märkte), Gärten usw.).

Auch diese Vermögensobjekte können — wie Paläste, Kunstschätze, welche Privaten gehören — ganz verschieden bewertet werden.[36]) Das ist wieder bei Vergleichen von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Bei keiner Vermögenskategorie tritt so deutlich die Haltlosigkeit der Tauschwertschätzung zutage wie bei den öffentlichen Vermögen.

Es fragt sich: Ist deren Wert nach den Gelderträgen, die sie abwerfen, den Herstellungs- bezw. Wiederherstellungskosten oder etwa nach den schwerlich zu bestimmenden Nutzgewährungen an die Bevölkerung (z. B. bei Straßen, Gärten, Plätzen, Schulen usw.) festzustellen, und wie ist er festgestellt?

1. Denken wir zunächst an Erwerbszwecken dienende Anlagen (Bergwerke, Domänen, Forsten, Gas- und Elektrizitätswerke, Eisenbahnen usw.).

a) Einfach liegt der Fall, wenn der Fiskus sie nach rein privatwirtschaftlichen Grundsätzen, nach dem Prinzip des höchstmöglichen Reinertrages verwaltet. Es gilt dann im wesentlichen dasselbe, was wir bereits früher bei den Rentenquellen gesagt haben. Als Verkehrswerte der Anlagen würden die kapitalisierten Reinerträge in der Vermögensstatistik erscheinen. Immerhin könnte ein Unterschied gegenüber den von Privaten geleiteten Unternehmungen bestehen. Der Wert jener vom Fiskus geleiteten Betriebe würde sich etwas niedriger stellen, wenn die Reinerträge (zufolge besserer Arbeitsbedingungen der Angestellten, Arbeiter usw.) geringer wären.[37]) Auf die Vermögensstatistik braucht dies allerdings nicht einzuwirken, da das höhere Einkommen der Angestellten, Arbeiter usw. eine stärkere Nachfrage nach gewissen Gütern ermöglicht, sodaß andere Vermögenskategorien (Betriebsanlagen der betreffenden Wirtschaftszweige) zufolge höherer Erträge entsprechend höher bewertet werden.

b) Der Staat verwaltet jedoch nicht regelmäßig nach dem Überschußprinzip, sondern hier und da nach

[36]) Vgl. A. Wagner: „Zur Methodik usw." S. 44 f.

[37]) Dasselbe kann und wird übrigens auch, wenn wir mehrere Privatunternehmungen gleicher Art vergleichen, der Fall sein.

dem Gebührenprinzip (Prinzip der bloßen Kostendeckung) oder gar nach dem Defizitprinzip. Dann bilden die genannten Anlagen keine Rentenquellen.

Bei der Berechnung des Volksvermögens würde man sie wohl mit den Anschaffungskosten oder (was einzig richtig wäre) den Wiederherstellungskosten in Ansatz bringen. Wenn wir uns nun dieselben Objekte in Händen von Privaten denken, denen es in erster Linie darauf ankommt, aus den Betrieben Gewinne zu erzielen, so beliefe sich die Wertziffer weit höher; denn, obgleich es konsequent wäre, zum Zwecke des Vergleiches auch hier die Anschaffungs- bezw. Wiederherstellungskosten in Ansatz zu bringen, würde man doch (aller Wahrscheinlichkeit nach) die durch Kapitalisierung der Renten ermittelten Verkehrswerte einsetzen (wenn nicht, so müßte man ja allgemein auf die Einsetzung des Kapitalisierungswertes verzichten, was objektiv richtiger wäre).

Vergleichen wir das Land A, wo — um ein konkretes Beispiel zu nehmen — die Eisenbahnen sich im Besitze von Privaten befinden, mit dem Lande B, wo der Staat dieselben in Händen hat und nach dem Gebührenprinzip verwaltet.

Der Gesamtrealertrag, ebenso der Gesamtgeldertrag sei in beiden Ländern gleich hoch.

In A hat man den Wert der Eisenbahnen wie folgt ermittelt: Der Gesamtreinertrag beläuft sich auf eine Milliarde Mark; bei Kapitalisierung mit 4 % ergibt sich ein Vermögenswert von 25 Milliarden Mark. Diese Ziffer wird in die Statistik eingesetzt. Die übrigen Vermögenskategorien werfen einen Ertrag von vier Milliarden Mark ab; entsprechend erscheinen sie mit 100 Milliarden Mark in der Aufstellung. Das Volksvermögen hat also einen Geldwert von insgesamt 125 Milliarden Mark.

In B würden die Wiederanschaffungskosten der Eisenbahnen 20 Milliarden Mark betragen. (Dasselbe können wir von A voraussetzen.) Also stände im Inventar des Volksvermögens: Staatseisenbahnen 20 Milliarden Mark. Ein Reinertrag wird nicht erzielt. Demnach werfen die anderen Wirtschaftszweige, da die eine Milliarde Mark Reinertrag, die wie in A aus den Eisenbahnen herausgewirtschaftet werden könnte, irgendwo sonst (z. B. teilweise in Handel und Industrie,

die von den billigen Eisenbahnfrachten Nutzen haben), mehr erzielt wird, einen Gesamtertrag von 5 Milliarden Mark ab. Bei gleicher Kapitalisierung berechnet sich ihr Wert auf 125 Milliarden Mark. Die Vermögensstatistik von B würde mithin einen Gesamtbetrag von 145 Milliarden Mark aufweisen.

Das Fazit führt (zufolge der verschiedenen Bewertung) irre. In B dürften zum Zwecke des Vergleiches mit A die Eisenbahnen in der Statistik überhaupt nicht berücksichtigt werden, da ihr Wert bereits in dem Werte der anderen Vermögenskategorien erscheint. Beide Volksvermögen sind realiter gleich groß, weil die Realerträge dieselben sind und aus eben diesem Grunde sind A und B auch gleich reich, trotz ziffernmäßig verschieden hoher Volksvermögen.

2. Nun die übrigen Vermögensobjekte im öffentlichen Besitze, die regelmäßig keinen Ertrag abwerfen: Straßen, Plätze, Gärten, Gebäude usw., lauter Objekte, die nur Kosten verursachen oder doch höchstens im Verhältnis zu den Kosten ganz geringe Einnahmen verschaffen. Zweifellos gehören auch sie zum Volksvermögen.[38]) Auch könnten sie in Händen von Privaten Rentenquellen werden; dann ergibt sich dasselbe, was wir bereits oben dargelegt haben.

Es bleibt also nichts anderes übrig, als daß die Herstellungs- bezw. Wiederherstellungskosten in Anschlag gebracht werden.

Nehmen wir an, zwei Völker C und D seien in allem völlig gleich (gleiche Realvermögen, gleiche Real- und Gelderträge, gleiche Wertziffern); derzeit seien die Volksvermögen auf je 200 Milliarden Mark berechnet worden.

Nun beginnen beide Völker, Straßen, Wege, Chausseen, Plätze anzulegen, Hafenanlagen zu bauen usw. In einem späteren Zeitpunkte stellen wir fest, daß diese neuen Anlagen in beiden Ländern in gleich gutem Zustande sich befinden und auch sonst (Länge

[38]) Sie müssen auch in die Vermögensstatistik aufgenommen werden. Losch (Volksvermögen usw.) meint: „Die Straßen werden in die Berechnungen nicht aufgenommen, weil sie weder Tausch- noch Ertragswerte haben, und ihr Kostenwert, durch Einbeziehen ungleicher Zeiten (Preise) Ungleichmäßigkeiten hereinbringen würde.“ Die Begründung ist jedoch nicht stichhaltig.

der Straßen usw.) wieder ganz die gleichen sind. Ein Unterschied besteht aber in den Kosten der Anlagen. Die Natur verursachte C bei der Herstellung größere Schwierigkeiten. Infolgedessen belaufen sich die Herstellungskosten der Neuanlagen in C auf 800 Millionen Mark, in D auf nur 500 Millionen Mark.

Demgemäß werden die Neuanlagen bei der Berechnung des Volksvermögens bewertet.

Dadurch ergibt sich für C ein Plus von 300 Millionen Mark bei der Kategorie „öffentliches Vermögen". Dagegen sind zufolge der höheren Herstellungskosten (größerer Arbeitsaufwand) ceteris paribus andere Vermögenskategorien spärlicher vorhanden und haben geringere Wertziffern, was einen Ausgleich bewirkt. Im zweiten Zeitpunkte beläuft sich daher das Volksvermögen von C wie im ersten auf 200 Milliarden Mark.

Nun das Volk D. Sein Realertrag ist jetzt (zufolge der geringeren Baukosten der Straßen usw.) höher als der in C; demnach waltet daselbst ein höherer Wohlstand ob.

Wie steht es aber mit der Vermögensstatistik von D? Im ersten Zeitpunkte waren nach unserer Voraussetzung die Wertziffern in C und D gleich. Jetzt aber ist diejenige von D höher, da das Plus an Realertrag die Kapitalien des Landes in stärkerem Maße vermehrt hat.

Wenn dagegen der Überschuß in D konsumiert wird, dann sind im Vergleichszeitpunkte die beiden Volksvermögen ziffernmäßig wieder gleich hoch.

Das bedeutet: D ist reicher als C, weil sein Einkommen höher ist, obwohl seine Vermögenswertziffer dieselbe ist.

Angenommen, C gelingt es, durch angestrengtere Arbeitsleistungen der Bevölkerung von den übrigen Vermögenskategorien den gleichen Real- und Geldertrag, den D empfängt, zu erzielen, dann wird im Vergleichszeitpunkte C ein ziffernmäßig größeres Vermögen haben als D; letzteres ist dann gleichwohl reicher, weil es eben mit weniger Anstrengung dasselbe leisten kann wie C.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß man bei Vermögensstatistiken sich vor allem fragen muß:

1. Welcher Art ist der öffentliche Besitz und wie ist er bewertet worden? Welche Finanzprinzipien verfolgte der Staat? Wollte er bloße Kostendeckung oder begnügte er sich wenigstens mit geringem Überschuß, oder waren die Nutzgewährungen sogar gratis?

2. Welche Ausdehnung besaß der öffentliche Besitz damals und besitzt er jetzt? Oder welche Ausdehnung hat er in diesem Lande und in jenem Lande?

Auch auf die wichtige Kategorie Grund und Boden sei hier wieder hingewiesen. Je mehr sich der öffentliche Besitz an Grund und Boden ausdehnt, je mehr Boden also dem freien Verkehr entzogen wird, desto weniger muß zumal bei steigender Tendenz der Bodenpreise dieser öffentliche Besitz in der Vermögensstatistik zur Geltung kommen; wenigstens dann, wenn man für ihn fälschlich den früheren Ankaufspreis einsetzt.

III. An dieser Stelle seien noch die freien Gaben der Natur erwähnt.

Die Natur hat das eine Volk mit Wasserstraßen, natürlichen Häfen usw. reichlich bedacht, während das andere dabei sehr schlecht vorbeigekommen ist; diese Tatsache ist für den Realertrag und damit für den Reichtum von größter Bedeutung.

Wenn sich das Volk A Hafenanlagen nur mit hohen Kosten verschaffen konnte, die auch bei Ermittlung des Volksvermögens entsprechend bewertet werden, das Volk B dagegen solche Anlagen von der Natur gratis erhalten hat, die infolgedessen überhaupt nicht in die Vermögensstatistik aufgenommen werden, so sind unter Umständen die beiden Volksvermögen ziffernmäßig gleich hoch; B hat zwar ein Minus an Tauschwert, weil die Hafenanlagen in der Statistik fehlen, dafür aber ein Plus bei *anderen* Vermögenskategorien, die ja infolge der Kosten- bezw. Arbeitsersparnis, d. h. des höheren Realertrages, mehr zunehmen konnten als in A.

Allerdings werden die Vermögenswertziffern von A und B unter diesen Umständen *auf die Dauer* nicht gleichbleiben, da sich in B zufolge des höheren Realertrages die Anlagen der Industrie, des Transports usw. in ungleich stärkerem Maße als in A vermehren.

Und doch können dauernd die Ergebnisse der Vermögensstatistiken beider Völker übereinstimmen, wenn nämlich B seinen Überschuß konsumiert.

Das bedeutet wieder: Gleiche Wertziffern der Volksvermögen, verschiedene Reichtumsgrade zufolge verschieden hoher Einkommen.

---

5. Abschnitt.

Die Einflüsse von staatlichen, bezw. privaten Maßnahmen auf die Vermögenswertziffer.

Es stehen hier gewisse Eingriffe in die Volkswirtschaft bezw. bestimmte Maßnahmen in Frage, die — in dem einen Lande mehr, in dem anderen weniger — dem freien Laufe der Dinge Schranken entgegenstellen. Teils ist es der Staat, teils sind es Private, bezw. Vereinigungen von Privaten, von denen diese Wirkungen ausgehen, welche — was uns interessiert — die Preisgestaltung, insbesondere die der direkt betroffenen Verkehrsgüter, künstlich beeinflussen.

I. Für unsere Untersuchung kommt, was den Staat anbelangt, in erster Linie die Bedeutung von Freihandel und Schutzzoll in Frage.

Betrachten wir, um nur den wichtigsten Fall zu berücksichtigen, die Wirkung des Kornschutzes auf die Vermögensstatistik.

Angenommen, für ein Land, das bisher im freien Verkehr mit dem Auslande stand, wird derzeit ein Volksvermögen von 200 Milliarden Mark berechnet. Jetzt wird ein Schutzzoll auf Getreide gelegt, der — um ein extremes Beispiel zu nehmen — fremde Konkurrenz völlig ausschließt. Was ist die Folge? Der Kornpreis steigt. Zufolge Ausschaltung der fremden Konkurrenz muß nun zwar der Realertrag der Landwirtschaft steigen, jedoch in noch stärkerem Maße der Geldertrag. Diese Tatsache bringt eine höhere Bewertung des Grund und Bodens mit sich; dafür werden andere Vermögenskategorien, in diesem Falle vor allem die Betriebsanlagen der Exportindustrie teilweise entwertet. Warum? Der höhere Realertrag der Landwirtschaft hat nur dadurch erzielt werden

können, daß Arbeitskräfte aus anderen Wirtschaftszweigen entnommen wurden.[39] Es werden in der Landwirtschaft Arbeitskräfte gebunden, die besser anderswo Verwendung fänden (Kraftvergeudung). In der Exportindustrie usw. muß nun ceteris paribus der Real- und Geldertrag sinken. Diese wird dann auch mit einer niedrigeren Wertziffer im Volksvermögen stehen.

Der gesamte Realertrag ist gesunken, da das Plus der landwirtschaftlichen Produktion das Minus der industriellen usw. nicht auszugleichen vermag.

Der Reichtum sinkt, weil das Einkommen geringer wird, während der Geldwert des Volksvermögens gleichbleibt.

Nehmen wir nun an, in einem dritten Zeitpunkte seien sämtliche Böden zu den gestiegenen Preisen veräußert worden. Die neuen Besitzer haben dann wegen der Verzinsung des höheren Bodenwertes höhere Produktionskosten als die bisherigen; dadurch wird fremdes Getreide wieder konkurrenzfähig. Der Schutzzoll muß erhöht werden und der Prozeß beginnt von neuem. Für jeden neuen Übernehmer, der den künstlich gehobenen Grundstückspreis bezahlen muß, ist die Geldrente verhältnismäßig nicht höher als vor der Erhöhung des Schutzzolles. Dadurch, daß der Kornpreis sich regelmäßig auf den Preis der Kornböden überträgt, steigt dauernd die Wertziffer der Kategorie Grund und Boden.[40] Der landwirtschaftliche Realertrag steigt, wenn er überhaupt noch gesteigert werden kann, nicht im Verhältnis zu den gestiegenen Produktenpreisen und nur dann, wenn eine Erhöhung des Schutzzolles eintritt. Die Kornpreise steigen

---

[39] Wenn nämlich kein Fortschritt in der landwirtschaftlichen Technik eintritt, so kann das notwendige Plus an Ertrag nur unter ungünstigeren Bedingungen als bisher erzielt werden, so etwa durch Anbau von wenig ergiebigen Böden, die bisher, da nicht konkurrenzfähig, brach lagen.

[40] Statistische Ermittlungen haben stets ergeben, daß eine steigende Tendenz des Getreidepreises auch die Kauf- und Pachtpreise landwirtschaftlicher Güter erhöht (was wieder im Kriege besonders deutlich zutage tritt), daß aber umgekehrt sinkende Getreidepreise nur bei längerer Dauer einen Rückgang des Wertes jener Güter bewirken, da man zunächst noch auf Besserung hofft.

ständig auf Kosten der übrigen Bevölkerungsklassen.[41]) Der gesamte Realertrag sinkt, wie oben gezeigt wurde; die Exportindustrie usw. geht ständig zurück (ebenso deren Wertziffer).[42]) Unter solchen Umständen muß ein Rückschritt im Reichtum bezw. ein Aufhalten der Reichtumsentwicklung — je länger, desto stärker — eintreten, weil eben der Realertrag ständig sinkt, mag auch das Ergebnis der Vermögensstatistik in den betreffenden Zeitpunkten unverändert bleiben.

Erwähnt sei noch die Wirkung bestimmter Maßnahmen des Staates bei Monopolisierung von Wirtschaftszweigen.

Wir denken hier in erster Linie an ein Getreidemonopol, bei dem sich unter Umständen die Preispolitik des Staates deutlich in den Preisen des Grund und Bodens bemerkbar machen kann.

Die gleiche Qualität Getreide steht bei freiem Verkehr im Preise an verschiedenen Orten verschieden hoch, weil die Produktionskosten oder die Entfernungen vom Marktorte verschieden sind.

Angenommen, der Staat würde bei der Festsetzung des Übernahmepreises für das Getreide darauf keine Rücksicht nehmen, so würden die Bodenpreise dort steigen, wo der Preis der Produkte im freien Verkehr niedriger war als der Übernahmepreis jetzt ist.

Die höheren Preise gehen auf Kosten der Verbraucher; bei ihnen wird also im Vergleichszeitpunkte entsprechend weniger Vermögen vorhanden sein.

Wenn nun aber die Verbraucher zufolge der höheren Getreidepreise ihren Konsum entbehrlicher Güter (Südfrüchte usw.) derartig einschränken (was vielleicht viele tun müssen), daß ihre Vermögen unbeeinflußt bleiben, so ergibt sich im zweiten Zeitpunkte eine ziffernmäßige Vermehrung des Volks-

[41]) Voraussetzung ist natürlich, daß die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten nicht nachläßt. Steigt der Wohlstand des Volkes, so wird die Nachfrage stärker, als dem bloßen Steigen der Bevölkerungsziffer entsprechen würde, da höherer Wohlstand reichlichere und bessere Versorgung erlaubt. Wir können diese Tatsache in Deutschland deutlich erkennen.

[42]) d. h. wenn keine Korneinfuhr wieder platzgreift.

vermögens (infolge des Plus an Bodenwert).[43]) Das betreffende Volk ist deshalb nicht reicher geworden, weil der Realertrag unverändert geblieben ist. Vielmehr handelt es sich hier lediglich um eine Einkommens- und Vermögensverschiebung unter den einzelnen Bevölkerungsgruppen.

II. Was Private angeht, wären hier alle jene Fälle zu berücksichtigen, wo durch Preisvereinbarungen, durch Zurückhaltung oder Anhäufung von Waren (Kartelle, Ringe usw.) die Preise künstlich in die Höhe getrieben werden. Wenn infolgedessen Monopolgüter entstehen, so hat das zur Folge, daß die Anlagen der in den Kartellen vereinigten Betriebe (zufolge höherer Gelderträge) entsprechend höher bewertet werden. Andererseits stellt sich durch die Preistreiberei gewisser Güter bei den Gelderträgen anderer Vermögenskategorien ein Minus ein, wodurch letztere mit geringerem Geldwert veranschlagt werden. Das würde sich ausgleichen.

Immerhin könnte sich ein Plus ergeben, wenn nämlich zufällig die Berechnung des Volksvermögens in dem Augenblicke vorgenommen würde, da das Kartell einen höheren Preis der betreffenden Ware fordert. In demselben Augenblicke steigt ja entsprechend der Wert der vorhandenen Warenbestände.[44]) Liegen die Dinge so,[45]) dann dürfte man selbstverständlich aus der gestiegenen Endziffer keinen Schluß auf gestiegenen Reichtum ziehen.

Abgesehen davon kann doch die Preistreiberei dazu führen, daß die Verbraucher, zumal es sich bei den kartellierten Waren meist um unentbehrliche Güter handelt, auf den Konsum gewisser entbehrlicher Dinge verzichten müssen. Dann ergibt sich dasselbe, was wir bereits am Schlusse von Absatz I dargelegt haben.

[43]) Ein Rückgang des Importhandels, der zu vermuten wäre, braucht nicht platzzugreifen, da ja die Bodenbesitzer konsumkräftiger werden.

[44]) S. S. 19 die Ausführungen Ricardos.

[45]) Man denke an die zahlreichen ähnlichen Fälle im Kriege.

6. Abschnitt.

Das Schwanken des Geldwertes.

I. Die Warenpreise können zufolge einer Wertverschiebung des Geldes steigen oder fallen. Wächst der Geldvorrat rascher als der Bedarf, so tritt eine Geldentwertung ein, die gleichbedeutend ist mit einer Preissteigerung der großen Masse der Waren.

Das beeinflußt nun auch die Vermögensstatistik. Die Wirkung ist besonders deutlich zu erkennen, wenn wir uns vorstellen, die Geldentwertung trete plötzlich ein (sei es zufolge starker Steigerung der Edelmetallproduktion, sei es durch Überhäufung mit Papiergeld.[46]) Ohne daß sich Realeinkommen und Realvermögen zu verändern brauchen, steigen dann Geldeinkommen und Geldvermögen. Hat man also im Zeitpunkte x ein Volksvermögen von 100 Milliarden Mark ermittelt, so wird man es im Zeitpunkte y auf etwa 120 Milliarden Mark berechnen. Das bedeutet natürlich keine Steigerung des Volksreichtums. Der Reichtumsgrad des betreffenden Volkes ist derselbe geblieben (wegen des unveränderten Realertrages), wenn auch das Volksvermögen ziffernmäßig gestiegen ist.

Bei einer plötzlichen Geldentwertung zeigt sich recht deutlich, daß eine Verschiebung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Bevölkerungsgruppen Platz greift. Geschädigt werden die Gläubiger von Geldforderungen und Guthaben in einem bestimmten Maße; in demselben Maße gewinnen die Schuldner, deren Schuldverpflichtungen, wenn man letztere in Beziehung zu realen Gütermengen setzt, kleiner werden.

II. Geldentwertungen (ebenso Werterhöhungen) treten nun in der Regel nicht plötzlich, sondern erst allmählich ein.[47]) Das ist nun von Wichtigkeit für Vergleichungen der Vermögensstatistiken in längeren Zeiträumen.

[46]) In Papiergeldländern ist überhaupt besondere Vorsicht bei Vergleichen geboten.

[47]) Die Bestände an Edelmetall sind so erheblich, daß eine gewisse jährliche Mehr- oder Minderproduktion ohne Einfluß auf den gesamten Vorrat bleibt.

Angenommen, derzeit werde der Vermögensbestand eines Volkes mit 200 Milliarden Mark bewertet. Nun mögen aus irgend einem Grunde Realertrag und Realvermögen sinken. Ohne Veränderung des Geldwertes würde dann auch ziffernmäßig das Volksvermögen kleiner werden.

Fällt aber etwa zufolge Steigerung der Edelmetallproduktion auch noch der Wert des Geldes, so muß dies, da die Güterpreise allgemein steigen, auf die Wertziffern sämtlicher Vermögenskategorien einwirken.

Setzen wir voraus, der Geldwert falle in demselben Maße, wie Realertrag und Realvermögen sinken, so wird im Vergleichszeitpunkte das Volksvermögen wieder auf 200 Milliarden Mark berechnet.

Es ist klar, daß daraus die Schlußfolgerung, das betreffende Volk sei so reich wie vorher geblieben, falsch wäre. Das Volk ist vielmehr ärmer geworden trotz unveränderter Statistik, weil der Realertrag gesunken ist.[48])

Dasselbe gilt umgekehrt von Erhöhungen des Geldwertes (zufolge Sinkens der Edelmetallproduktion). Der Realertrag würde steigen und demnach das Volk reicher werden, während die Vermögenswertziffer dieselbe bleibt.

Wir führen im folgenden eine Stelle aus dem Gutachten von Adolf W a g n e r an, die sich zwar auf die Statistik des Volkseinkommens bezieht, aber genau so für die des Volksvermögens gilt. Wagner sagt: „Mit der Veränderung des Geldwertes, in den meistens zu berücksichtigenden Fällen mit einer Verringerung desselben, ferner mit der auch aus anderweiten Gründen sich ergebenden Steigerung der Geldpreise, namentlich wichtiger Gebrauchsgegenstände und Nutzgegenstände des Volkes (Nahrungsmittel, Mieten). geht, wenn auch nicht genau gleichzeitig noch gleichmäßig, eine wenigstens nominelle Steigerung der Geldlöhne, Gehälter, auch der Unternehmer- und Gewerbsgewinne vielfach vor sich. Dadurch erhöhen sich natürlich auch die bezüglichen Geldeinkommen als Bestandteile des Volkseinkommens und damit der Geldwertbetrag des

[48]) Ähnlich liegen die Dinge, wenn man die Volksvermögen im Kriege berechnet.

letzteren selbst. In Ländern mit niedrigerem Geldwert, einem allgemeinen höheren Preisniveau, namentlich gewisser wichtiger Sachgüter und -nutzungen, ergibt sich dann ebenso ein höherer Geldwertbetrag des gesamten Volkseinkommens, verglichen mit anderen Ländern in entgegengesetzter Lage. Aber aus solchem höheren Betrage des Volkseinkommens kann doch auch hier nicht, vollends nicht auf eine entsprechend günstigere wirtschaftliche Lage des ganzen Volkes und höhere wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Vergleiche mit einem anderen Volke geschlossen werden. Dazu gehörte mindestens eine Reduktion des verschieden hohen Volkseinkommens und des durchschnittlichen Einzel- oder Familieneinkommens auf seinen sog. effektiven Betrag in naturalen Gütermengen bestimmter Art."[49])

III. Nicht unerwähnt möchten wir jene Fälle lassen, wo durch Anhäufung von Edelmetall in demselben Lande oder durch Verringerung des Vorrates an Edelmetall eine Preissteigerung bezw. Preissenkung nur für kurze Zeit Platz greift. Das kann von Bedeutung sein, wenn zufällig eine Vermögenskalkulation in solchen Zeiten vorgenommen wird.

Wenn auch zufolge des elastischen Notenumlaufs die Schwankungen des Geldbedarfs (Konjunkturwechsel) den Geldwert wenig beeinflussen, so ist doch zu beachten, daß bei so hohen Ziffern, wie sie die Berechnungen des Volksvermögens ergeben, auch kaum merkliche Abweichungen im allgemeinen Preisstande der Güter bedeutungsvoll sind, um so mehr, je höher sich der Gesamtwert beläuft.

IV. Zum Schlusse sei noch auf Länder mit verschiedenem wirtschaftlichen Aufbau hingewiesen. „Denn nach diesem Wirtschaftscharakter," sagt Adolf Wagner,[50]) „ist der Geldwert, sind aber ferner auch die mittleren Geldpreise, Preise der Agrarprodukte, namentlich auch die Preise der ländlichen und städtischen Grundstücke und Gebäude sehr verschieden.

[49]) Maßgebend ist also der Realertrag. Konsumtionsstatistiken sind daher eher angebracht, Schlüsse auf Reichtumsentwicklungen zu ziehen.

[50]) Gutachten.

Auf eine entsprechende Ungleichheit des Wohlstandes, der Lebensweise, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, daher auch der Steuerfähigkeit ist daraus nicht ohne weiteres zu schließen. Die wirkliche Verschiedenheit in diesen Punkten beruht auf der Menge und Art der naturalen Vermögens- und Ertragsobjekte selbst oder, mit anderen Worten, auf der Summe der Gebrauchswerte, über die die Bevölkerung verfügt."



Resultat.

Fassen wir kurz das Resultat unserer Untersuchung zusammen:

I. Die Vermögensstatistik, die schon an sich wegen Fehlens oder Mangelhaftigkeit des Materials auf einer recht unsicheren Grundlage fußt, kann nicht zur Beurteilung des Reichtumsgrades und der Reichstumsentwicklung eines Volkes bezw. mehrerer Völker herangezogen werden, selbst dann nicht einmal, wenn wir annehmen, die Berechnungen seien richtig; denn in vielen Fällen würden, wie gezeigt wurde, Schlüsse aus den bloßen Endziffern notwendig fehlgehen; ebenso können auch internationale Vergleiche über den Wohlstand der verglichenen Völker nichts aussagen.

Weshalb ist auch eine völlig richtige Vermögensstatistik praktisch unbrauchbar?

1. Fragwürdig ist vor allem die Bewertung des Grund und Bodens. Das Steigen und Fallen der Bodenpreise, deren Bedeutung für die Endziffer wir überall beobachten konnten, steht nicht regelmäßig in Beziehung zu einer entsprechenden Vermehrung bezw. Verminderung des Volksreichtums.

2. Die Wertziffer, die sich aus dem Zufälligen der momentanen Güterpreise ergibt, steht zu sehr unter dem Einflusse der gerade in dem Zeitpunkte der Ermittlung obwaltenden Verhältnisse (Hochkonjunktur, Tiefkonjunktur, Spekulation usw.).

3. Die Statistik läßt die Bestandteile ungleichartiger Natur (direkt produktive und indirekt produktive Vermögen), aus denen sich der reale Vermögensbestand zusammensetzt, nicht mehr erkennen.

4. Viele Vermögensstücke (freie Güter) lassen sich überhaupt nicht nach dem Tauschwerte bezw. einem Geldwertanschlage in die Aufrechnung einreihen.

5. In zahlreichen Fällen bedeuten Werterhöhungen und Wertminderungen von Vermögensobjekten lediglich eine Einkommens- und Vermögensverschiebung unter den verschiedenen Bevölkerungsklassen, aber keinen höheren oder tieferen Grad des Volksreichtums.

II. Ausschlaggebend für die Entwicklung des Volksreichtums ist der Ertrag der Volkswirtschaft, das Volkseinkommen. Letzteres ist Grundlage und Quelle allen Reichtums.

Die unmittelbaren Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, die natürlichen und künstlichen Produktionsmittel, dazu die Leistungsfähigkeit einer wohlgeschulten Bevölkerung, diese Momente, die wir kurz die produktive Energie des Landes bezeichnen, bedingen das Maß des Realertrages der Volkswirtschaft, des Volkseinkommens und damit die Entwicklung des Reichtums.



END OF
TITLE